

Deutsches Archiv

für

Erforschung des Mittelalters

namens der Monumenta Germaniae Historica

herausgegeben von

HERBERT GRUNDMANN †

HANS MARTIN SCHALLER

26. Jahrgang

1970

BÖHLAU VERLAG KÖLN WIEN

Die königliche Lehngerichtsbarkeit im Zeitalter der Staufer

Von

Karl-Friedrich Krieger

Inhalt: Einleitung S. 400. — I. Der Umfang der königlichen Lehngerichtsbarkeit S. 402. — 1. Die Kompetenz des königlichen Lehngerichts S. 402. — 2. Einschränkungen des Kompetenzbereiches S. 412. — II. Die Ausübung der königlichen Lehngerichtsbarkeit S. 419. — 1. Deutschland S. 419. — 2. Italien S. 424. — III. Die Bedeutung der königlichen Lehngerichtsbarkeit für die Ausbildung des Reichslehnsrechts und dessen Einfluß auf die territoriale Lehnrechtsentwicklung S. 426.

Die Bedeutung des Lehnswesens für die Ausbildung der Reichsverfassung im Zeitalter der Staufer ist in der Vergangenheit von der Forschung mehrfach betont worden¹). Während die Stellung der sächsischen und salischen Herrscher noch weitgehend auf dem karolingischen Amtsrecht beruhte, stand das Zeitalter der Staufer im Zeichen einer tiefgreifenden „Verlehnrechtlichung der Reichsverfassung“²). Die Vorstellung vom Unterwerfungsverhältnis der Amtsinhaber unter die amtsrechtliche Disziplinargewalt des Königs wurde durch die Annahme eines Lehnsverhältnisses zwischen den Partnern ersetzt, wobei nicht nur weltliche, sondern seit dem Wormser Konkordat in verstärktem Maße auch geistliche Hoheitsträger in diesen Prozeß einbezogen wurden. Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß sich die Könige der Stauferzeit auf die Prärogativen ihrer Stellung als oberste Lehnsherren im Reiche besannen und so versuchten, die Machtmittel des Lehnrechts im Sinne der königlichen Gewalt nutzbar zu machen.

Wesentlicher Bestandteil der königlichen Lehnshoheit war das Recht, in Lehnangelegenheiten Gericht zu halten. Diese königliche Lehngerichtsbarkeit fand bisher in der Literatur nur unter einem Teilaspekt im

¹) Heinrich Mitteis, *Lehnrecht und Staatsgewalt* (1933, Nachdr. 1958) S. 428 ff.; Hermann Conrad, *Deutsche Rechtsgeschichte* 1 (21962) S. 253 ff. (mit Literaturhinweisen).

²) Conrad, *Rechtsgeschichte* S. 253.

Zusammenhang mit dem Prozeß Heinrichs des Löwen Interesse³⁾ und wurde darüber hinaus noch nicht eingehend untersucht⁴⁾. So wurde bisher auch die Frage nach der verfassungsrechtlichen Bedeutung der Lehngerichtsbarkeit für das Königtum kaum gestellt, noch weniger beantwortet. Diese Bedeutung kann nicht allein auf Grund der mehr oder weniger erfolgreichen Lehnprozesse der Könige gegen unbotmäßige Vasallen beurteilt werden, sie ist nur zu ermessen, wenn man den gesamten Regelungsbereich der königlichen Lehngerichtsbarkeit gegenüber Vasallen und Untervasallen sowie die zur Anwendung kommenden Verfahrensgrundsätze einer kritischen Prüfung unterzieht.

Eine solche Überprüfung erscheint jedoch nur sinnvoll, wenn sie sich allein an der Verfassungswirklichkeit orientiert. Das bedeutet, daß die Untersuchung in erster Linie von der Gerichtspraxis des königlichen Gerichts, wie sie in zahlreichen Urteilen und Weistümern überliefert ist, auszugehen hat, wobei die in den Rechtsbüchern aufgestellten Grundsätze nur insoweit herangezogen werden können, als sie durch diese Praxis belegt sind. Um ein zutreffendes Bild vom Ausmaß der königlichen Lehngerichtsbarkeit zu erhalten, sind außerdem auch die Einschränkungen, die sich aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen in der Praxis ergaben, zu berücksichtigen.

Durch diese Überlegungen ist der Gang der Untersuchung vorgezeichnet: An Hand der Kompetenz des königlichen Lehngerichts soll zunächst der Umfang der königlichen Lehngerichtsbarkeit unter Berücksichtigung aller Einschränkungen aufgezeigt werden (I). Daneben ist zu prüfen, welche Möglichkeiten das lehngerichtliche Verfahren dem Königtum bot, auf Ablauf und Ausgang der Prozesse einzuwirken (II). Endlich ist noch auf die Bedeutung der königlichen Lehngerichtsbarkeit für

³⁾ Gegenstand wissenschaftlicher Kontroversen war vor allem das in der Gelnhäuser Urkunde vom 13. 4. 1180 (Druck: MGH Const. 1, Nr. 279, S. 385 f.; Ferdinand Güterbock, Die Gelnhäuser Urkunde und der Prozeß Heinrichs des Löwen [1920] S. 23 ff.) überlieferte Prozeßverfahren. Vgl. hierzu Heinrich Mitteis, Politische Prozesse des früheren Mittelalters in Deutschland und Frankreich, SB Heidelberg (1927) S. 48 ff.; Carl Erdmann, Der Prozeß Heinrichs des Löwen (Schriften der MGH 9, 1944) S. 273 ff. mit der älteren Literatur und außerdem H. Mitteis, Zur staufischen Verfassungsgeschichte, ZRG Germ. 65 (1947) S. 325 ff.; K. Schambach, Der genaue Tag des Achtspruches und Oberachtspruches im Prozesse Heinrichs des Löwen, ZRG Germ. 69 (1952) S. 309 ff. und Werner Goez, Der Leihzwang (1962) S. 226 ff.

⁴⁾ Vgl. zur königlichen Gerichtsbarkeit im allgemeinen das noch immer grundlegende Werk von Otto Franklin, Das Reichshofgericht im Mittelalter, 2 Bde. (1869), das jedoch auf die Besonderheiten der Lehngerichtsbarkeit kaum eingeht.

die Ausbildung des Reichslehnrechts einzugehen. Dabei ist vor allem zu untersuchen, in welchem Maße das Reichslehnrecht die territoriale Lehnrechtsentwicklung beeinflussen konnte und in welchem Umfang die Könige der Stauferzeit damit in der Lage waren, mit Hilfe der Lehngerichtsbarkeit die bereits weitgehend nach oben abgeschlossene Lehnspyramide⁵⁾ zu unterlaufen und so unmittelbar die Lehnverhältnisse im Bereiche der Untervasallen zu beeinflussen (III)⁶⁾.

I. Der Umfang der königlichen Lehngerichtsbarkeit

1. Die Kompetenz des königlichen Lehngerichts

Dabei ist zunächst zu fragen, inwieweit es überhaupt gerechtfertigt ist, bei der Entscheidung von lehnrechtlichen Streitigkeiten durch das königliche Gericht von einem „Lehngericht“⁷⁾ zu sprechen, zumal die Quellen das königliche Gericht nur mit ganz allgemein gehaltenen Wendungen, wie „curia“, „curia generalis“, „placitum“ usw.⁸⁾ bezeichnen.

Am Beispiel des Prozesses gegen Heinrich den Löwen hat die Forschung jedoch bereits auf die Doppelgleisigkeit des am königlichen Gericht angewandten Verfahrens nach Land- und Lehnrecht sowie auf die Unterschiede zwischen beiden Verfahren hingewiesen⁹⁾. Darüber hinaus zeigt ein Schreiben König Konrads III. an den Abt Wibald von Stablo vom Jahre 1151 deutlich, daß auch die Könige selbst durchaus zwischen ihrer Eigenschaft als Richter nach Lehn- oder Landrecht unterschieden¹⁰⁾.

⁵⁾ Vgl. Mitteis, Lehnrecht S. 404, 441, 448 und ders., Der Staat des hohen Mittelalters (81968) S. 333.

⁶⁾ Die vorliegende Untersuchung ist als Vorstudie einer größeren Abhandlung über das Reichslehnrecht des Spätmittelalters gedacht. Eine erschöpfende Behandlung der angesprochenen Problemkreise — insbesondere die materiellrechtliche Auswertung der Rechtsprechung des königlichen Lehngerichts — würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen und ist daher nicht beabsichtigt. Die Darstellung beschränkt sich außerdem auf den Bereich der streitigen Gerichtsbarkeit; die Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit (z. B. Belehnungen, Lehnsauftragungen und -veräußerungen) kann aus dem gleichen Grunde hier nicht behandelt werden.

⁷⁾ Zum Verhältnis „königliches Lehngericht“ und „Reichs“- oder „Hoftag“ vgl. unten S. 419 f.

⁸⁾ Vgl. Franklin, Reichshofgericht 2, S. 62 mit Nachweisen.

⁹⁾ Vgl. Mitteis, Prozesse, SB Heidelberg (1927) S. 48 ff.; Erdmann, Prozeß Heinrichs des Löwen S. 280 ff.

¹⁰⁾ In dem Schreiben berichtet der König, daß er Heinrich den Löwen nach Ulm geladen habe *ad expostulandum beneficalem iustitiam*...: Philipp Jaffé, Monumenta Corbeiensia (Bibliotheca Rerum Germanicarum 1, 1864) Nr. 319, S. 449.

Die Stellung des Königs als oberster Lehnrichter rechtfertigt es daher, bei Streitigkeiten oder Rechtsfragen in Lehnsangelegenheiten, die zur Entscheidung an das königliche Gericht gelangten, von der Zuständigkeit als Lehngericht zu sprechen.

a) Kompetenz als erstinstanzliches Gericht

Als erstinstanzliches Gericht erstreckte sich der Zuständigkeitsbereich des königlichen Lehngerichts zunächst auf Streitigkeiten zwischen König und Kronvasallen, die sich aus dem Lehnsverhältnis ergaben. An erster Stelle sind dabei die Prozesse zu nennen, die vom König mit dem Ziel geführt wurden, Pflichtverletzungen des Vasallen mit der Aberkennung seiner Lehen zu ahnden. Wie die Überlieferung zeigt, machten die Könige der Stauferzeit von dieser äußersten Möglichkeit, den Gehorsam ihrer Vasallen zu erzwingen, mehrfach Gebrauch¹¹⁾, wobei das lehnrechtliche Verfahren auch subsidiär nach Verhängung der Reichsacht durchgeführt wurde¹²⁾. Weiterhin fallen hierunter Streitigkeiten über Pflichten¹³⁾ und Rechte¹⁴⁾ der Kronvasallen, die sich aus dem Lehns-

¹¹⁾ Vgl. Otto v. Freising, *Gesta Frederici* II. 13 (hg. v. F. J. Schmale-A. Schmidt [Ausgewählte Quellen zur Geschichte des deutschen Mittelalters 17, 1965]): Aberkennung der Regalien des Erzbischofs Hartwich von Bremen und des Bischofs Ulrich von Halberstadt (1154); MGH Const. 1, Nr. 216, S. 307: Aberkennung der Lehen des Grafen von Forcalquier (1161); BF(W) 3911a: Aberkennung der Lehen der Äbtissin von Quedlinburg (1223); J. L. A. Huillard-Bréholles, *Historia diplomatica Frederici secundi* (1852 ff.) 6, 1, S. 52 ff.: Aberkennung der Regalien des Bischofs von Bamberg (1242) MGH Const. 2, Nr. 359, S. 465 ff.: Aberkennung der Lehen der Gräfin von Flandern (1252).

¹²⁾ Vgl. das Verfahren gegen Heinrich den Löwen (Anm. 3) und außerdem J. F. Böhm er, *Acta imperii selecta* (1870) Nr. 107, S. 100: Ächtung der Bewohner von Crema (1159); MGH Const. 1, Nr. 304, S. 432 f.: Ächtung des Grafen von Genf (1186). Auch die Aberkennung der Lehen des Erzbischofs von Salzburg auf dem Hoftag von Laufen (1166) scheint auf Grund eines mit der Reichsacht gekoppelten Verfahrens nach Lehnrecht erfolgt zu sein. Vgl. Ann. Reicherspergenses, MGH SS 17, S. 473; *Chronicon Magni Presbiteri*, MGH SS 17, S. 488; Ann. Ratisponenses MGH SS 17, S. 588 und hierzu Franklin, *Reichshofgericht* 1, S. 83 ff. und H. Widmann, *Geschichte Salzburgs* 1 (1907) S. 267 ff.

¹³⁾ Vgl. die Verurteilung des Erzbischofs von Köln zu einer empfindlichen Geldbuße, da er auf dem vom König nach Worms und Straßburg angesetzten Hoftage nicht erschienen war (1188): Reg. der Erzbischöfe von Köln im Mittelalter, hg. v. R. Knipping, 2 (1901) Nrr. 1303, 1309, 1316 und 1317. Vgl. auch den Rechtsspruch des königlichen Gerichts unter Konrad IV., wonach der Erzbischof von Besançon verpflichtet war, bei der Investitur mit den Regalien 1 Mark Goldes *pro iure capelle* zu entrichten (1245): MGH Const. 2, Nr. 341, S. 448 f.

¹⁴⁾ Vgl. den Rechtsspruch des königlichen Gerichts unter Friedrich II. zugunsten der Reichsstifte Nieder- und Obermünster in Regensburg, wonach die

verhältnis ergaben, insbesondere über die Befugnis der Vasallen, ihre Lehen zu veräußern¹⁵⁾. Darüber hinaus erfaßte die Kompetenz des königlichen Lehngerichts auch Streitigkeiten zwischen Kronvasallen, sofern um Rechte an Reichslehngut¹⁶⁾ oder um die Stellung im Reichslehnsverband¹⁷⁾ gestritten wurde.

Endlich sind Entscheidungen des königlichen Lehngerichts als Erstinstanz auch in Streitigkeiten zwischen Untervasallen und ihren Lehnsherren, für die an sich die Lehnskurie des Lehnsherrn zuständig war¹⁸⁾,

vom König vorgenommene Veräußerung der beiden Abteien im Tausch gegen andere Güter widerrufen wurde: MGH Const. 2, Nr. 57, S. 70 ff. (1216). Vgl. auch den Rechtsspruch in einer Klagsache des Bischofs von Lausanne gegen König Friedrich I. (1181—86): MGH Const. 1, Nr. 281, S. 387 f.

¹⁵⁾ Vgl. als Beispiele für Aufhebungen von Lehnsväußerungen durch den König:

MGH Const. 1, Nr. 169, S. 235 f.: Veräußerung von Reichslehngut durch die Bürger von Marseille (1157); Ireneo Affò, *Istoria della città e ducato di Guastalla* 1 (1785) Nr. 40, S. 347: Veräußerungen des Abtes von S. Sisto (1185); Codex Wangianus, hg. v. R. Kink (*Fontes Rerum Austriacarum* 2, 5, 1852): Veräußerungen des Bischofs Albert von Trient (1188); Böhmert, *Acta*, Nr. 192, S. 176 f.: Veräußerungen des Abtes Gregor der Abtei S. Salvator zu Fucecchio (1194); *ibid.*, Nr. 208, S. 190 f.: Veräußerungen durch den Abt von Polirone (1196); Huillard-Bréholles, *Historia* 1, 2, S. 597 f.: Veräußerungen des Bischofs von Turin (1219); MGH Const. 2, Nr. 282, S. 396 f.: Veräußerungen und Belehnungen durch den Abt von Corvey vor Regalienempfang (1223); Huillard-Bréholles, *Historia* 3, S. 417 ff.: Veräußerungen aus dem Gut der Abtei von Nivelles (1230); MGH Const. 2, Nr. 150, S. 184 f.: Lehnweise Übertragung der Stadt Freising durch den Bischof Gerold an den Herzog von Bayern (1230); MGH Const. 2, Nr. 358, S. 465: Veräußerungen des Bischofs von Passau (1250).

¹⁶⁾ Vgl. als typisches Beispiel hierzu den Streit um die Grafschaft Chiavenna (1152), wo gleich drei Bewerber vom König die Belehnung verlangten: Paul Scheffer-Boichorst, *Zur Geschichte des 12. und 13. Jahrhunderts* (*Historische Studien* 8, 1897) S. 119 f. Vgl. zum weiteren Verlauf des Streites St. 3640, 3667, 4536 und hierzu Henry Simonsfeld, *Jahrbücher des deutschen Reiches unter Friedrich I.*, 1: 1152—1158 (1908) S. 118 ff., 175 ff., 509 ff.

¹⁷⁾ Vgl. z. B. den Streit um die Rechtsstellung des Bischofs von Gurk gegenüber dem Erzbischof von Salzburg: MGH Const. 1, Nr. 278, S. 383 f. (1197); *Monumenta hist. Ducatus Carinthiae* 1: *Die Gurker Geschichtsquellen*, hg. v. A. V. Jaksch (1896) Nrr. 423 (1209), 442 (1213), 446 (1214), 507 (1227), 511 (1227) und dazu J. Hirn, *Kirchen- und reichsrechtliche Verhältnisse des salzburg. Suffraganbistums Gurk* (1872).

¹⁸⁾ Vgl. für Deutschland Sachsenspiegel Lehnrecht 68, § 5, hg. v. K. A. Eckhardt, *Sachsenspiegel Lehnrecht* (MGH *Fontes iuris Germanici antiqui*, N. S. 1, 2, 1956); *Auctor vetus* II, 51, hg. v. K. A. Eckhardt, *Auctor vetus de beneficiis*, Archetypus und Görlicher Rechtsbuch (MGH *Fontes iuris Germanici antiqui*, N. S. 2, 2, 1966) und dazu C. G. Homeyer, *Sachsenspiegel* 2, 2 (1844) S. 562 ff. und J. W. Planck, *Das dt. Gerichtsverfahren im Mittelalter* 1, 1 (1878) S. 15 ff.

bezeugt¹⁹⁾. Die Zuständigkeit des königlichen Lehngerichts ergab sich in diesen Fällen wohl zum Teil auf Grund des allgemeinen Rechtssatzes, wonach dem König an allen Orten, an denen er sich aufhielt, die Gerichte ledig wurden²⁰⁾; in einem Falle dürfte sich die Kompetenz auf die Behauptung des Klägers, der Lehnsherr habe ihm die ordnungsgemäße Rechtsgewährung verweigert²¹⁾, stützen²²⁾.

Für Italien vgl.: Lehngesetze König Konrads II. (MGH Const. 1, Nr. 45, S. 90) und König Friedrich I. (MGH Const. 1, Nr. 177, S. 248 f.); Libri Feudorum, Antiqua V, 1; VIII, 23 hg. v. K. Lehmann, Das langobard. Lehnrecht (1896) S. 95, 133.

¹⁹⁾ Vgl. MGH DD 9 Konr. III., Nr. 210, S. 378: Streit zwischen dem Abt des Klosters St. Remi zu Reims und einem Ministerialen um Kirchenlehen (1149); Monumenta Boica 29 a, Nr. 494, S. 336—338 (1154): Streit zwischen der Tochter eines Ministerialen und dem Abt von St. Emmeram um Belehnung; W. Goez, Lehnrecht und Staatsgewalt im dt. Hochmittelalter (1969) Nr. 11, S. 24 f.: Streit zwischen dem Abte des Naumburger St. Georgenklusters und seinen Vasallen (1165); MGH Const. 1, Nr. 297, S. 422: Streit zwischen dem Grafen von Tirol und dem Bischof von Trient über Rechte in der Grafschaft Bozen, die vom Bistum Trient zu Lehen ging (1184; vgl. hierzu H. v. Volte-lini, Die Südtiroler Notariatsimbreuituren des 13. Jahrhunderts 1 [1899] S. CCV, Einleitung); Böhmer, Acta Nr. 250, S. 226: Aberkennung der Lehen derer von Radicofani durch Otto IV. (1210); Huillard-Bréholles, Historia 2, 2, S. 873 f.: Urteil über die Verfügungsunfähigkeit eines gebannten Vasallen der Äbtissin von Sonnenburg (1226).

²⁰⁾ Sachsenspiegel Landrecht III, 60, § 2, hg. v. K. A. Eckhardt, Sachsenspiegel Landrecht (MGH Fontes iuris Germanici antiqui, N. S. 1, 1, 1955). Vgl. hierzu Conrad, Rechtsgeschichte S. 378 und R. Schröder-E. v. Künßberg, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte (1932) S. 594.

Dieser Grundsatz dürfte sowohl bei dem Streit zwischen der Tochter des Ministerialen und dem Abt von St. Emmeram, der in Regensburg entschieden wurde (Mon. Boica 29 a, Nr. 494), als auch im Falle der Bewohner von Radicofani, die auf Klage des Abtes von S. Salvatore in S. Salvatore zum Verlust ihrer Lehen verurteilt wurden (Böhmer, Acta Nr. 250), angewandt worden sein.

²¹⁾ Vgl. zur Rechtsverweigerung des Lehnsherrn Sachsenspiegel Lehnrecht 49, § 1; 68, § 5 (s. o. Anm. 18). Nach Homeyer, Sachsenspiegel 2, 2, S. 568 liegt Rechtsverweigerung im Sinne dieser Bestimmungen schon dann vor, wenn der Lehnsherr sich weigert, dem Vasallen durch Herausgabe des Gutes Gewähr zu leisten.

²²⁾ Dies dürfte nach dem Wortlaut der Urkunde für den Streit zwischen dem Grafen von Tirol und dem Bischof von Trient zutreffen (MGH Const. 1, Nr. 297, S. 422): *Dum Henricus comes de Tirol rogaret venerabilem dominum Albertum Tridentine sedis electum, quatinus eum in colle uno, qui est in monte supra villam Selsi, castrum edificare permetteret, et ipse dominus Albertus electus denegans hoc penitus, dicens sibi quod non permetteret, veniens idem comes ante presentiam illustrissimi Federici imperatoris...* Um eine Art von „Rechtsverweigerung des Vasallen“ dürfte es sich im Streite des Klosters

b) Kompetenz als höheres Gericht

Als höheres Gericht war das königliche Lehngericht zunächst im Falle der Urteilsschelte, bzw. der Appellation gegen das Urteil eines unteren Lehngerichtes zuständig. Obwohl diese Zuständigkeit für Deutschland in den Rechtsbüchern²³⁾, für Italien durch Gesetz²⁴⁾ deutlich ausgesprochen war, sind nur vereinzelt Appellationen in Lehnssachen überliefert²⁵⁾. Man wird sich jedoch davor hüten müssen, auf Grund dieses *argumentum e silentio* die königliche Appellationsgerichtsbarkeit in Lehnssachen als bedeutungslos einzuschätzen, da über Lehngerichtsverhandlungen wohl nur auf ausdrücklichen Wunsch einer Partei²⁶⁾ oder wegen der besonderen Bedeutung des Falles²⁷⁾ eine Urkunde ausgestellt wurde.

Zuweilen wandten sich auch Unterlehnsherren mit der Bitte an das königliche Lehngericht, ein unter ihrem Vorsitz oder auf ihren Wunsch zustandegekommenes Lehngerichtsurteil zu bestätigen, um so die Chancen der Durchsetzbarkeit gegenüber dem widerspenstigen Vasallen zu erhöhen²⁸⁾.

St. Remi zu Reims gegen den Ministerialen Albert von Kusel (MGH DD 9 Konr. III., Nr. 210) handeln. Obwohl der Beklagte vom Abt des Klosters mehrfach aufgefordert worden war, sich vor dem Gericht der „pares“ in Reims zu verantworten, lehnte er jede Einlassung mit der Begründung ab, daß er nur vor dem Gericht seiner Heimat auf die Klage antworten werde.

²³⁾ Vgl. Sachsenspiegel Landrecht III, 52, § 2 (s. o. Anm. 20); Sachsenspiegel Lehnrecht 69, §§ 5—8 (s. o. Anm. 18).

²⁴⁾ Vgl. die Lehngesetze König Konrads II. (MGH Const. 1, Nr. 45, S. 90): *Si contentio emergerit inter seniores et milites, quamvis pares adiudicaverint, illum suo beneficio carere debere, et si ille dixerit, hoc iniuste vel odio factum esse ipse suum beneficium teneat, donec senior et ille quem culpatur cum paribus suis ante nostram presentiam veniant, et ibi causa iuste finiatur.*

²⁵⁾ Vgl. die Appellation des Stabloer Ministerialen Kuno an das königliche Gericht in dem Streit um das Dorf Neundorf bei Malmédy: MGH DD 9 Heinr. (VI), Nr. 6, S. 526 f. (1148) und die Lehngerichtsverhandlung zwischen dem Bischof von Passau und Ludwig von Zelting (ca. 1252), die mit der Appellation der unterlegenen Partei an das königliche Gericht endete: Urkundenbuch des Landes ob der Enns (1852 ff.) 3, Nr. 200, S. 195.

²⁶⁾ Vgl. Franklin, Reichsgerichtshof 2, S. 275.

²⁷⁾ Vgl. die Bestimmung im Mainzer Reichslandfrieden von 1235 (MGH Const. 2, Nr. 196, S. 241 ff.) über den Hofgerichtsschreiber: *Idem scribet omnes sententias coram nobis in maioribus causis inventas . . .* und dazu Otto Franklin, *Sententiae curiae regiae*, Rechtssprüche des Reichshofes im Mittelalter (1870) S. V (Einleitung).

²⁸⁾ Vgl. Monumenta Wittelsbacensia, hg. v. F. M. Wittmann, 1. Abt. (Quellen und Erörterungen zur bayer. und dt. Geschichte 5, 1857), Nr. 16, S. 42 f.: Beilehnung des Herzogs Ludwig und seines Sohnes durch den Bischof Ekbert von Bamberg *de feodo Alrammi et Alberti fratrum de Halse, quod in multis placitis iure feodali ab ipsis evicimus, et tandem mediante iusticia*

c) Kompetenz als dienstrechtliche Sonderinstanz

Das österreichische Landrecht, das in seiner ältesten Fassung eine Redaktion um 1237 erkennen läßt²⁹⁾, sieht in einer merkwürdigen Bestimmung die Kompetenz des königlichen Gerichts als letzte Instanz für Klagen des Herzogs gegen seine Ministerialen vor. Als Begründung wird angeführt, daß die Ministerialen dem Herzog als Lehen vom Reich verliehen seien und daß deshalb das endgültige Urteil, das einem Ministerialen Recht und Ehre abspricht, vor Kaiser und Reich gefunden werden müsse³⁰⁾.

Im Gegensatz zu älteren Autoren³¹⁾ bezweifelte K. H. Ganahl, daß die Bestimmung für Österreich jemals über die Bedeutung einer politischen Forderung hinausgelangt sei. Mit Rücksicht auf das Schweigen der Überlieferung und unter Verweis auf die steirischen Ministerialen glaubte er schließen zu können, daß es sich bei den Ministerialen des Herzogs von Österreich um allodiale Rechte des Herzogs und nicht um Reichslehen handelte³²⁾. Andererseits wies K. H. Ganahl selbst auf ein Schreiben Friedrichs II. an den König von Böhmen hin, in dem die

obtinuimus coram rege per sentenciam ... (1228), und zu dem angesprochenen Lehen M. Spindler, in: Handbuch der Bayer. Geschichte 2 (1969) S. 34, Anm. 4. Hierher gehört wohl auch die Bestätigung eines Urteils der Corveyer Ministerialen vom Jahre 1150, das dem Truchseß Rabano Besitzungen innerhalb des Klosters absprach (MGH DD 9 Konr. III., Nr. 221, S. 392 f.).

²⁹⁾ Das österreichische Landrecht ist in zwei Textfassungen überliefert, die beide auf einem breiten Grundstock gemeinsamer Bestimmungen aufbauen (abgedruckt bei: V. Hasenöhr, Österr. Landesrecht im 13. und 14. Jahrhundert [1867] und E. v. Schwind - A. Dopisch, Ausgewählte Urkunden zur Verfassungsgeschichte der deutsch-österreichischen Erblande im Mittelalter [1895] S. 55 ff. und 101 ff.). Datierung und Bestandteile der ältesten babenbergischen Redaktion sind seit jeher umstritten gewesen. Erst der Versuch von K. H. Ganahl, Versuch einer Geschichte des österreichischen Landrechts im 13. Jahrhundert (MÖIG Erg.Bd. 13, 1935) S. 230 ff., auf Grund einer sorgfältigen Textanalyse die einzelnen Redaktionen voneinander abzugrenzen und zeitlich einzuordnen, hat in der Forschung im wesentlichen Zustimmung gefunden. Vgl. die Besprechung von K. Lechner, HZ 156 (1937) S. 568 ff. und A. Lhotsky, Quellenkunde zur mittelalterlichen Geschichte Österreichs (MÖIG Erg.Bd. 19, 1963) S. 75.

³⁰⁾ Österr. Landrecht, § 2: ... *Und sol im sein ere und sein recht nyemand benemen, nur das reiche. Wann si von dem reich des lanndes herren lehen sind, davon sol der chaiser und das reich die leczst urteil uber in geben.* ... (zit. nach dem Abdruck der babenbergischen Redaktion bei Ganahl, Landrecht, S. 250 f.).

³¹⁾ Vgl. z. B. Heinrich Siegel, Die rechtliche Stellung der Dienstmannen in Österreich im 12. und 13. Jahrhundert (SB Wien 102, 1882) S. 240, 263.

³²⁾ Vgl. Ganahl, Landrecht S. 259 ff. Vgl. auch Karl Bosl, Das ius ministerialium. Dienstrecht und Lehnrecht im deutschen Mittelalter, in: Frühformen der Gesellschaft im mittelalt. Europa (1964) S. 321 f.

Theorie von der Reichslehnbarkeit der österreichischen Ministerialen ebenfalls klar ausgesprochen ist³³⁾).

Wenn man auch unterstellt, daß diese Theorie für Österreich politisches Programm der Reichskanzlei unter Friedrich II. geblieben ist, so ist doch nicht zu übersehen, daß die gleichen Vorstellungen auch im Verhältnis zwischen dem Reich und den Ministerialen anderer Landesherren nachweisbar sind. So erscheinen vor allem im 12.³⁴⁾, aber auch noch im 13. Jahrhundert³⁵⁾ die Ministerialen bei Belehnungen als Objekte des

³³⁾ Das Schreiben enthält Anklagen gegen den österreichischen Herzog Friedrich den Streitbaren. Es heißt unter anderem: *Ministeriales et alios impheudatos, quos ab imperio tenet, tanto graviori prosequitur voluntate, quanto in odium nostrum et imperii de ipsis cogitur dubitare ...* (MGH Const. 2, Nr. 201, S. 271).

Daneben hat schon Siegel, Dienstmannen S. 240 auf die unter dem Namen „Seifried Helbling“ vom Ende des 13. Jahrhunderts überlieferten Verse eines österreichischen Ritters verwiesen, wo in einer Art Dialog zwischen Herrn und Knecht die Frage nach der rechtlichen Stellung der österreichischen Dienstmannen erörtert wird. Auf die Frage des Knechtes: ...

nû sagt mer, / lieber herr, durch iuwer êr / wes ein rehter dienstman sî / ist er eigen? ist er frî? / mit urloup ich des frâge, / ob der herzoge eigenschaft jeh âf in / ...

antwortet der Herr:

lieber kneht, tuo hin! / daz lant ist sîn eigen niht, / wan man inz enphâhen siht / ze lêhen von dem rîche, / ich sage dir endelîche, / in disem lant ze rehte / sind ritter, edelknehte / eigen der rehten dienstman, / die daz rîche hoerent an ... (Helbling VIII, 139 ff., hg. v. J. Seemüller, Seifried Helbling [1886] S. 189 f.)

³⁴⁾ Vgl. z. B. die Gelnhäuser Urkunde v. 1180 (MGH Const. 1, Nr. 279, S. 385 f.): ... *cum omni iure et iurisdictione, videlicet cum comitatibus, cum advocatiis, cum conductibus, cum mansis, cum curtibus, cum beneficiis, cum ministerialibus, cum mancipiis et cum omnibus ad eundem ducatum pertinentibus* ... Vgl. auch die Erhebung der Grafschaft Namur zur Markgrafschaft: ... *Item universi ministeriales Henrici comitis Namucensis et de Lucelburc dignitati marchie tradentur eo tenore, quod a marchia nequaquam possint alienari* ... (MGH Const. 1, Nr. 298, S. 423).

³⁵⁾ Vgl. die Privilegien Kaiser Friedrichs II. für Dienstmannen und Landleute des Herzogtums Steiermark v. 1237 (Huillard-Bréholles, Historia 5, 1, S. 61 ff.) und die Urkunde Friedrichs II. über die Gründung des Herzogtums Lüneburg-Braunschweig (MGH Const. 2, Nr. 197, S. 263 ff.); hiernach trug Otto von Lüneburg dem Kaiser seine Allodien auf, um sie — vermehrt um die Stadt Braunschweig — als Reichslehen zurückzuerhalten. Über die Auftragung des Allodgutes heißt es in der Urkunde: ... *et insuper proprium castrum suum Luneburch, quod idiomate Theutonico vocatur eygen, cum multis aliis castris, terris et hominibus eidem castro pertinentibus in nostram proprietatem et dominium specialiter assignavit* ... Mit der Auftragung erlangte das Reich nicht nur an dem Grundbesitz, sondern auch an den *hominibus eidem castro pertinentibus* volles Eigentumsrecht, so daß die Umwandlung der Dienst-

Lehnvertrages, die wie Zubehörsstücke des Lehngutes mit diesem auf den Erwerber übergehen. Die gleiche Vorstellung, daß Ministerialen als Reichslehen ihrer Landesherrn angesehen wurden, läßt sich aus einem Rechtsspruch vom Jahre 1194 erschließen. Auf die Frage des Bischofs von Verden urteilte der Markgraf Albert von Meißen, daß, wenn jemand gegen einen Dienstmann der Verdener Kirche einen Rechtsanspruch geltend machen wolle, die Klage gegen den Bischof gerichtet werden müsse und nur vor dem Kaiser *a quo ipse episcopatum et ministeriales cum reliquis attinenciis teneret* ... erhoben werden könne³⁶). Auch für das Recht der im Reichslehnverband stehenden Ministerialen³⁷), in letzter

mannen Ottos in *ministeriales imperii* nur als logische Konsequenz des Rechtsaktes erscheint, wobei der Wortlaut der Urkunde dafür spricht, daß die Ministerialen nicht nur in den Reichslehnverband eingegliedert werden sollten, sondern darüber hinaus die Rechte der im unmittelbaren Reichsdienst stehenden Ministerialen erhalten sollten. (Vgl. zum Begriff der „Reichsministerialen“ unten Anm. 37 und zur Urkunde selbst Karl Brandi, Die Urkunde Friedrichs II. vom August 1235, Quellen und Forschungen zur Braunschweigischen Geschichte 6, 1913). Vgl. auch die Belehnung König Ottokars von Böhmen durch Friedrich II. (1212): ... *quod nos eidem regi Boemie donamus et confirmamus ac in perpetuam possessionem tradimus proprietatem nostram Flos cum ministerialibus cujuscumque fuerint conditionis* ... Huillard-Bréholles, Historia 1, 1, S. 218 f.

³⁶) Wilhelm v. H o d e n b e r g, Verdener Geschichtsquellen 2 (1859) Nr. 35, S. 58 f.

³⁷) Der Begriff der „Reichsministerialen“, der in der Literatur meist unterschiedslos auf alle Formen der Ministerialität, die vom Reiche abhängig waren, angewandt wird, bedarf der Differenzierung. So muß zwischen Dienstmännern, die im unmittelbaren Reichsdienst standen, und solchen, die einem Kronvasallen verpflichtet waren und nur mittelbar im Rahmen des Reichslehnverbandes dem Reiche zugeordnet waren, unterschieden werden. Den Ministerialen in den Territorien, die dem Reichslehnverband angehörten, stand dabei die Gruppe der Dienstmänner, die als allodiale Rechte ihres Dienstherrn betrachtet wurden, gegenüber. Es kann nicht Aufgabe dieser Arbeit sein zu untersuchen, in welchen Landesherrschaften die Ministerialen im 12. und 13. Jahrhundert als Reichslehen oder als allodiale Rechte betrachtet wurden oder bei welchen Herrschaften ihnen bereits eigene Rechts- und Prozeßfähigkeit als freie Vasallen zugestanden waren. Die schon von Julius F i c k e r, Vom Reichsfürstenstande, neu hg. v. P. P u n t s c h a r t 2, 1 (1861—1923) S. 231 gebrauchte Formel, daß die Ministerialen der geistlichen Fürsten zu den Reichsministerialen zählten (vgl. ähnlich auch K. B o s l, Die Reichsministerialität der Salier und Staufer [1950/51] 1, S. 126 und d e r s., ius ministerialium, S. 322), dürfte in dieser Allgemeinheit kaum zutreffen, auch wenn man unter „Reichsministerialen“ in diesem Sinne alle dem Reichslehnverband angehörenden Dienstmännern versteht. So wurden die Kölner Ministerialen im 12. Jahrhundert wohl als allodiale Rechte der Kölner Kirche aufgefaßt. Nach § 1 des Kölner Dienstrechts von ca. 1154 (hg. v. W. A l t m a n n - E. B e r n h e i m, Ausgew. Urkunden zur Erläuterung der Verfassungsgeschichte Deutschlands im Mittelalter [1920] Nr. 83, S. 165 ff.) leisten sie dem Erzbischof den Treueid *sine aliqua*

Instanz an das königliche Gericht zu appellieren, sind Zeugnisse außerhalb Österreichs überliefert³⁸⁾, so daß man doch von einer Art dienstrechtlicher Sonderzuständigkeit des königlichen Gerichts für bestimmte Ministerialengruppen sprechen kann, die allein auf der Stellung des Königs als Lehnsherr und oberster Lehnrichter beruhte.

d) Kompetenz als rechtsweisendes Organ

Endlich ist noch auf die Kompetenz des königlichen Lehngerichts als rechtsweisendes Organ hinzuweisen. Die Stellung des Königs als Wahrer des Rechts brachte es mit sich, daß das königliche Gericht in erster Linie dazu berufen war, Rechtsbräuche und Rechtssätze in Form von Weistümern mit dem Anspruch auf allgemeine Verbindlichkeit festzustellen³⁹⁾. Im Gegensatz zu anderen Urteilen wurde im Weistum nicht ein konkreter Rechtsstreit, sondern eine abstrakte Rechtsfrage, die über den ihr meist zu Grunde liegenden Einzelfall hinaus allgemeine Rechtsgeltung beanspruchte, entschieden. Die Initiative ging dabei in der Regel von den Recht suchenden Parteien aus; es war aber auch möglich, daß der König selbst die Entscheidung einer Rechtsfrage durch ein Weistum feststellen ließ⁴⁰⁾.

Zahlreiche Anfragen ermöglichten es dem königlichen Gericht, gerade in seiner Eigenschaft als Lehngericht in starkem Maße als rechtsweisendes Organ tätig zu werden. Dabei fällt auf, daß die Anfragen — soweit überhaupt erkennbar — fast ausschließlich von geistlichen Vasallen kamen⁴¹⁾. Bisweilen wurden auch von Untergerichten gefundene Weis-

exceptione. Nach § 8 des Dienstrechts, der Bestimmungen über den Gerichtsstand enthält, werden sie außerdem ausdrücklich den Reichsministerialen gegenübergestellt. Vgl. zum Gerichtsstand der Kölner Ministerialen auch W. Pötter, Die Ministerialität der Erzbischöfe von Köln vom Ende des 11. bis zum Ausgang des 13. Jahrhunderts (1967) S. 122, 130 ff.

³⁸⁾ Vgl. den Rechtsspruch des königlichen Gerichts unter Heinrich (VII.) auf die Frage des Kapitels von Nienburg über die Erbfolge bei Dienstlehen (1231): ... *Et si aliquis ministerialium antedictae ecclesie alicui sententie contradixerit, ea debet exequi coram imperio* ... (MGH Const. 2, Nr. 310, S. 423). Vgl. auch UB d. Landes ob der Enns (s. o. Anm. 25) 2, Nr. 272, S. 400 (Vertrag des Herzogs von Steiermark mit Herzog Leopold von Österreich vom Jahre 1186).

³⁹⁾ Vgl. hierzu und im folgenden Franklin, Reichshofgericht 2, S. 277 ff. und d. e. s., Sententiae (s. o. Anm. 27) S. VIII ff. (Einleitung); Hermann Krause, Königtum und Rechtsordnung in der Zeit der sächsischen und salischen Herrscher, ZRG Germ. 82 (1965) S. 35.

⁴⁰⁾ Vgl. z. B. die Reichssprüche auf dem Hoftag zu Frankfurt (1252) über die Mutungspflicht der Reichslehen, die wohl auf Veranlassung König Wilhelms von Holland ergangen sind (MGH Const. 2, Nr. 359, S. 465 ff.).

⁴¹⁾ So erfragten z. B. die folgenden geistlichen Vasallen Weistümer vom königlichen Lehngericht:

tümer dem königlichen Lehngericht zur Bestätigung vorgelegt⁴²⁾; zum Teil wurde die Feststellung eines Weistums auch durch ein konkretes Urteil ergänzt⁴³⁾. Die Rechtsfragen bezogen sich auf die verschiedensten Bereiche des Lehnrechts⁴⁴⁾, wobei allerdings Fragen der Lehnsfähigkeit⁴⁵⁾, des lehngerichtlichen Verfahrens⁴⁶⁾ und der Verfügungsbefugnis über Lehen⁴⁷⁾ im Mittelpunkt standen.

Erzbischof von Trier: MGH Const. 1, Nr. 372, S. 520 f.

Erzbischof von Salzburg: MGH Const. 2, Nr. 340, S. 448

Bischof von Brixen: MGH Const. 2, Nr. 289, S. 404 f. und MGH Const. 2, Nr. 333, S. 443 f.

Bischof von Eichstätt: MGH Const. 2, Nr. 330, S. 442

Bischof von Lüttich: MGH Const. 2, Nr. 351, S. 458 (vgl. hierzu unten S. 432) und MGH Const. 2, Nr. 369, S. 472 f.

Bischof von Passau: MGH Const. 2, Nr. 277, S. 391 und MGH Const. 2, Nr. 276, S. 390 f.

Bischof von Straßburg: MGH Const. 1, Nr. 336, S. 479

Bischof von Trient: MGH Const. 2, Nr. 52, S. 63 f. und MGH Const. 2, Nr. 69, S. 81

Bischof von Verden: MGH Const. 1, Nr. 329, S. 466 f. und MGH Const. 1, Nr. 367, S. 516

Abt von St. Ulrich und Afra/Augsburg: MGH Const. 2, Nr. 288, S. 403 f.

Äbtissin von Quedlinburg: MGH Const. 2, Nr. 298, S. 412

Abtei Fraumünster/Zürich: MGH Const. 2, Nr. 323, S. 433.

An Reichsweistümern in Lehnssachen, die auf die Anfrage weltlicher Vasallen zurückgeführt werden können, ist mir nur die Urkunde über lehnrechtliche Vorschriften für das Herzogtum Brabant (MGH Const. 2, Nr. 279, S. 392 f.) bekannt.

⁴²⁾ Vgl. die Bestätigung eines von der Vasallenkurie des Bischofs von Vercelli gefundenen Weistums über die Pflichten der Vasallen durch König Heinrich VI. (1189/90): *Altman-Bernheim*, Urkunden Nr. 101, S. 192 f. Vgl. auch die Bestätigung eines von den Ministerialen des Bischofs von Passau gefundenen Weistums durch Kaiser Friedrich II. (1237): *Huillard-Bréholles*, *Historia* 5, 1, S. 112.

⁴³⁾ Vgl. MGH Const. 2, Nr. 212, S. 285 f. (1238) und MGH Const. 2, Nr. 359, S. 465 ff. (1252).

⁴⁴⁾ Vgl. MGH Const. 2, Nr. 276, S. 390 f. und MGH Const. 2, Nr. 368, S. 472 (Erblichkeit von Lehen); MGH Const. 2, Nr. 52, S. 63 f. (Lehnsnutzungen); MGH Const. 2, Nr. 323, S. 433 und MGH Const. 2, Nr. 359, S. 465 ff. (Munungsfristen); MGH Const. 2, Nr. 308, S. 422 und MGH Const. 2, Nr. 351, S. 458 (Lehnsheimfall); MGH Const. 2, Nr. 298, S. 412 (weibliche Erbfolge); MGH Const. 2, Nr. 369, S. 472 f. (Pflichten der Vasallen); MGH Const. 2, Nr. 288, S. 403 f. (Nichtanerkennung von Schenkungen als Lehen).

⁴⁵⁾ Vgl. zur Lehnsunfähigkeit des Geächteten oder Exkommunizierten die Rechtssprüche: MGH Const. 2, Nr. 69, S. 81 (1219); Nr. 289, S. 404 f. (1225); Nr. 317, S. 427 f. (1234); Nr. 330, S. 442 (1237) und Nr. 333, S. 443 f. (1240). Vgl. auch den Rechtsspruch über die aktive Lehnsfähigkeit MGH Const. 2, Nr. 94, S. 117 f. (1223).

⁴⁶⁾ Vgl. hierzu die Lehnsvorschriften für den Herzog von Brabant von 1222 (MGH Const. 2, Nr. 279, S. 392 f.), die unter anderem Rechtsregeln für die

2. Einschränkungen des Kompetenzbereiches

Nachdem bisher versucht wurde, auf Grund der überlieferten Urteile und Weistümer die Kompetenz des königlichen Lehngerichts aufzuzeigen, ist nun, damit der Umfang der königlichen Lehngerichtsbarkeit zutreffend beurteilt werden kann, auf die Einschränkungen, die sich aus faktischen oder rechtlichen Gründen ergaben, einzugehen.

a) Vergleiche und Schiedssprüche

Zunächst sind die — vor allem im späteren Mittelalter zunehmenden — Bestrebungen der Parteien, ihre Rechtsstreitigkeiten durch Vergleich⁴⁸⁾ oder Schiedsspruch beizulegen, ins Auge zu fassen⁴⁹⁾. Die königliche Lehngerichtsbarkeit war hiervon nicht nur bei Streitigkeiten zwischen Kronvasallen um Lehngut, sondern unter Umständen auch bei Streitigkeiten zwischen Unterlehnsherren und ihren Vasallen betroffen, da eine Entscheidung durch Schiedsgericht oder Vergleich in der Regel die Berufung an das königliche Gericht ausschloß⁵⁰⁾. Vergleiche und Schiedssprüche in Lehnsangelegenheiten sind jedoch vor der Mitte des 13. Jahr-

Zusammensetzung des Lehngerichts, Ladungsfristen, Gerichtsort, Gerichtsbußen und die Eigenschaft des Herzogs als Vormund aller minderjährigen Lehnsinhaber geben.

Vgl. außerdem die Weistümer: MGH Const. 1, Nr. 367, S. 516 und MGH Const. 2, Nr. 340, S. 448 (Zeugenbeweis im Lehngericht) sowie den Rechtspruch MGH Const. 1, Nr. 372, S. 520 f. (Ladungsfristen).

⁴⁷⁾ Vgl. MGH Const. 1, Nr. 321, S. 459 f.; MGH Const. 2, Nr. 212, S. 285 f. (Verbot, königliche Hoheitsrechte weiter zu verleihen). MGH Const. 1, Nr. 328, S. 466 f. und Nr. 336, S. 479 (Verbot, bestimmte Kirchengüter zu Lehen zu geben oder sonst zu veräußern); MGH Const. 2, Nr. 277, S. 391 und Nr. 374, S. 476 (Verbot, ohne Zustimmung des Domkapitels Kirchengut zu Lehen zu geben oder zu veräußern).

⁴⁸⁾ Vgl. zum Unterschied zwischen der Streiterledigung durch Vergleich und Schiedsspruch Michael Kobler, Die Schiedsgerichtswesen nach bayerischen Quellen des Mittelalters (1967) S. 2 ff.

⁴⁹⁾ Vgl. zum Schiedsverfahren im Zeitalter der Staufer: Karl Siegfried Bader, Das Schiedsverfahren in Schwaben vom 12. bis zum ausgehenden 16. Jahrhundert (Diss. Tübingen 1929) und d. r. s., Entstehung und Verbreitung der mittelalterlichen Schiedsidee in Süddeutschland und in der Schweiz, Zeitschrift für Schweizer Recht, N. F. 54 (1935) S. 100 ff.; Siegfried Frey, Das öffentlich-rechtliche Schiedsgericht in Oberitalien im 12. und 13. Jahrhundert (1928); E. Usteri, Das öffentlich-rechtliche Schiedsgericht in der Schweiz. Eidgenossenschaft des 13.—15. Jahrhunderts (1925) und d. r. s., Westschweizer Schiedsurkunden bis zum Jahre 1300 (1955); Hermann Krause, Die geschichtliche Entwicklung des Schiedsgerichtswesens in Deutschland (1930) und M. Kobler (s. o. Anm. 48).

⁵⁰⁾ Vgl. für das schiedsgerichtliche Verfahren in Bayern Kobler, Schiedsgerichtswesen S. 91 f. und für Oberitalien Frey, Schiedsgericht S. 169 ff.

hundreds noch nicht so zahlreich überliefert, daß hieraus auf eine ernste Konkurrenz für die königliche Gerichtsbarkeit geschlossen werden könnte⁵¹).

b) Geistliche Gerichtsbarkeit

Von größerer Bedeutung für die königliche Lehngerichtsbarkeit waren jedoch die Beschränkungen, die sich auf Grund des Anspruchs der geistlichen Gerichtsbarkeit, in gewissem Umfange auch über Lehnsangelegenheiten zu urteilen, ergaben⁵²). Die Abgrenzung zwischen weltlicher und

⁵¹) Die Entscheidung von Lehnrechtsstreitigkeiten durch Schiedsspruch oder Vergleich bot sich vor allem an, wenn der König selbst als Vasall in einen Rechtsstreit verwickelt war. Vgl. hierzu den Streit Heinrichs (VII.) mit dem Bischof von Würzburg über Würzburger Lehen, der durch einen Schiedsspruch beigelegt wurde: Huillard-Bréholles, *Historia* 2, 2, S. 814 (1224), S. 847 f. (1225). S. auch den Vergleich König Wilhelms von Holland mit der Gräfin Margarethe von Flandern um die Pflichten des Königs als Lehnsinhaber von Seeland, das von Flandern zu Lehen ging: BF(W) 5004 (1250). Für die Zeit vor 1250 vgl. im übrigen die folgenden Vergleiche und Schiedssprüche in Lehnssachen:

L. Ph. C. v. den Bergh, *Oorkondenboek van Holland en Zeeland* 1, 1 (21937) Nr. 185, S. 94 (1167); Usteri, *Westschw. Schiedsurkunden* Nr. 5, S. 6 ff. (1184); Nr. 7, S. 10 ff. (1188); Nr. 15, S. 26 ff. (ca. 1212); Nr. 18, S. 31 (1219), Nr. 19, S. 32 ff. (1219); Nr. 24, S. 39 (1224); Nr. 27, S. 44 ff. (1225); Nr. 44, S. 73 f. (1239). *Regesten der Bischöfe von Straßburg* 1, hg. v. H. Bloch-P. Wentzcke (1908), Nr. 686, S. 367 (1196); Nr. 704, S. 372 (1199). H. Odenberg, *Verd. Geschichtsquellen* (s. o. Anm. 36) 2, Nr. 51, S. 84 (1230). H. Krabbo-G. Winter, *Regesten der Markgrafen von Brandenburg aus askanischem Hause* (1955) Nr. 636, S. 140 (1236). BF(W) 11 343 (1241) und 11 422 (1243).

Für Oberitalien hat bereits J. Ficker, *Forschungen zur Reichs- und Rechtsgeschichte Italiens* (1868 ff.) 3, S. 330 auf das Eindringen schiedsgerichtlicher Formen in das ordentliche Prozeßverfahren des Lehngerichts hingewiesen. So sind bereits für das 12. Jahrhundert mehrere Beispiele überliefert, wonach es den Parteien überlassen blieb, im Vasallengericht die Urteile aus dem Kreise der anwesenden „pares“ selbst zu bestimmen. Vgl. hierzu die Beispiele bei Ficker a. a. O., S. 330 und dazu Frey, *Schiedsgericht* S. 30 mit weiteren Belegen.

⁵²) Die Frage der Konkurrenz königlicher und geistlicher Lehngerichtsbarkeit wurde in der Literatur bisher nur am Rande — meist im Rahmen des allgemeinen Problemkreises um das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der mittelalterlichen Weltordnung — behandelt. Vgl. hierzu Ludwig Buisson, *Potestas und caritas. Die päpstliche Gewalt im Spätmittelalter* (1958) mit der aufgeführten Literatur. Für die Entwicklung des Lehnswesens innerhalb des Kirchenstaates und in der päpstlichen Politik gegenüber den von der Kurie abhängigen Staaten und Territorien vgl. die grundlegende Untersuchung von Karl Jordan, *Das Eindringen des Lehnswesens in das Rechtsleben der römischen Kurie*, AUF 12 (1932) S. 13 ff. und dazu Mitteis, *Lehnrecht* S. 408 ff. und K. Verhein, *Lehen und Feudal-Emphyteuse ...* (Phil. Diss. Hamburg 1951, masch.-schriftl.). Zur Rezeption des Lehnrechts in der kirch-

geistlicher Gerichtsbarkeit in Lehnssachen fand in der auf Veranlassung Papst Gregors IX. zusammengestellten Dekretalensammlung des „Liber Extra“⁵³⁾ eine für die Gesamtkirche verbindliche Regelung. Danach war für Lehnstreitigkeiten grundsätzlich der Lehnsherr zuständig, auch wenn Vasall oder Lehnsherr dem geistlichen Stande angehörten⁵⁴⁾. Die Zuständigkeit des geistlichen Richters war jedoch ausdrücklich in Fällen der Rechtsverweigerung⁵⁵⁾ und der Prozeßverschleppung⁵⁶⁾ durch den weltlichen Lehnrichter vorbehalten. Außerdem konnten nach kanonischer Auffassung *personae miserales*, wie z. B. Witwen, die Entscheidung des geistlichen Richters auch in Lehnssachen anrufen⁵⁷⁾. Während diese Bestimmungen für sich betrachtet den Schluß nahelegen, daß der Kompetenzanspruch der geistlichen Gerichtsbarkeit in Lehnssachen sich nur auf wenige Ausnahmefälle beschränkte, zeigt die Praxis des 12. und 13. Jahrhunderts doch ein anderes Bild.

So wurde der Grundsatz von der Zuständigkeit des Lehnsherrn in Lehnstreitigkeiten von der Kirche nicht anerkannt, wenn es sich um Patronatslehen, Zehntlehen oder andere Kirchenlehen im engeren Sinne, die auf der Vergabe von Kirchenrechten beruhten⁵⁸⁾, handelte. Hier war nach kanonischer Auffassung bei Rechtsstreitigkeiten allein der geistliche Richter zuständig⁵⁹⁾. Darüber hinaus ist jedoch auch bei den übrigen

lichen Gesetzgebung s. Friedrich Merzbacher, Kirchenrecht und Lehnrecht, Österreichisches Archiv für Kirchenrecht (1961) S. 113 ff.

⁵³⁾ Zur Dekretalensammlung Gregors IX. vgl. Hans Erich Feine, Kirchl. Rechtsgeschichte. Die katholische Kirche (1964) S. 287 f. (mit Literatur).

⁵⁴⁾ c. 6 X de foro competenti II, 2; c. 5 X de iudiciis II, 1. Vgl. hierzu auch Othmar Hageneder, Die geistliche Gerichtsbarkeit in Ober- und Niederösterreich von den Anfängen bis zum Beginn des 15. Jahrhunderts (1967) S. 79 und Merzbacher, Kirchenrecht S. 124 f.

⁵⁵⁾ c. 10 X de foro competenti II, 2. Vgl. zur Rechtsverweigerung Friedrich Baethgen, Der Anspruch des Papsttums auf das Reichsvikariat (Schriften der MGH 17, 1, 1960) S. 112 ff.

⁵⁶⁾ c. 6 X de foro competenti II, 2.

⁵⁷⁾ c. 15 X de foro competenti II, 2. Vgl. hierzu Buisson, Potestas und caritas S. 65.

⁵⁸⁾ Vgl. hierzu G. Arndt-A. Erler, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft 4 (31960) S. 267 („Lehnswesen“).

⁵⁹⁾ Vgl. zum Patronatsrecht c. 3 X de iudiciis II, 1: *Causa vero iuris patronatus ita coniuncta est et connexa spiritualibus causis, quod non nisi ecclesiastico iudicio valeat definiri et apud ecclesiasticum iudicem solummodo terminari* ... und das Schreiben Gregors IX. an den Erzbischof von Salzburg: BF(W) 6729 (1228). Vgl. auch den Streit um Patronatslehen und Kirchenzehnten zwischen der Straßburger Kirche und den Rittern Wernher, Konrad und Eppo von Hadistat (1188): Reg. der Bischöfe von Straßburg (s. o. Anm. 51) 1, Nr. 642, S. 357.

Lehnstreitigkeiten eine spürbare und im Laufe des 13. Jahrhunderts zunehmende Konkurrenz der geistlichen Gerichtsbarkeit zu beobachten, die zum Teil zu mannigfachen Überschneidungen der beiden Bereiche führte. So dokumentierte das Papsttum in zahlreichen Mandaten, Einzelentscheidungen und Urteilsbestätigungen einen „de facto“-Kompetenzanspruch, vor allem, wenn die Verlehnung von Kirchengut⁶⁰⁾, die Lehnverhältnisse an Vogteien⁶¹⁾ oder sonstige, kirchliche Interessen unmittelbar berührende

Zur geistlichen Gerichtsbarkeit über Zehntlehen vgl. das Schreiben Anastasius' IV. an den Bischof von Asti (1154): ... *Quod si feudali consuetudine de decimis lites emergerint, ecclesiastico tantum iudicio terminentur*, hg. v. J. v. Pflugk-Harttung, *Acta pontificum Romanorum inedita* 3 (1888) Nr. 134, S. 142 f., und die Dekretisten des 12. und 13. Jahrhunderts bei A. Stickler, *Imperator vicarius papae*, *MIÖG* 62 (1954) S. 171, Anm. 30 (*Summa Monacensis*) und S. 177 ff., Anm. 38 sowie den Titel „De decimis“ im *Liber Extra* (X, III, 30). Vgl. auch das Schreiben Coelestins III. an den Bischof von Vercelli über die Rechte von Laien an Kirchenzehnten (1193): Pflugk-Harttung, *Acta* 3, Nr. 458, S. 389 f. und die bei Hageneder, *Die geistliche Gerichtsbarkeit* S. 29, Anm. 28 aufgeführten Streitigkeiten zwischen Klerikern und Laien um Zehntrechte.

Vgl. dagegen die Entscheidung des königlichen Gerichts unter Konrad III. in einem Streit um ein Zehntlehen zwischen der Kirche von Iphofen und Hartwig von Erlach (1151): *MGH DD* 9 Konr. III., Nr. 266, S. 460 f. und außerdem *MGH Const.* 1, Nr. 328, S. 466 f. (1190): Rechtsspruch des königlichen Gerichts unter Heinrich VI. über die Befugnis des Bischofs von Verden, Zehnten zu Lehen zu geben.

⁶⁰⁾ Vgl. Pflugk-Harttung, *Acta* 3, Nr. 163, S. 172 ff.: Aufhebung von Lehnvergaben im Bistum Cremona durch Hadrian IV. (1156); Leo Santifaller, *Die Urkunden der Brixener Hochstiftsarchive 845—1295* (Schlern-Schriften 15, 1, 1929) Nr. 51, S. 58: Lehnbestätigung zu Gunsten eines Brixener Domherren durch Innocenz III. (1198); *BF(W)* 5827: Erlaubnis Innocenz' III. an den Erzbischof von Mainz, die Lehnvergaben des Bischofs Lupold von Worms in Mainz für nichtig zu erklären (1203); *BF(W)* 7775: Erlaubnis Innocenz' IV. an den Abt von St. Gallen, Kirchengüter zu Lehen zu geben (1247); *MGH Epp. sel.* 2, Nr. 592, S. 420: Verbot Innocenz' IV. an den Erzbischof von Salzburg, heimgefallene Lehen ohne päpstliche Erlaubnis wieder zu verleihen (1248). Vgl. hierzu die entsprechenden königlichen Lehngerichtsurteile oben Anm. 15.

⁶¹⁾ Vgl. H o d e n b e r g, *Verdener Geschichtsquellen* (s. o. Anm. 36) 2, Nr. 45, S. 72: Bestätigung eines Statuts über Lehnbarkeit der Vogtei in Verden durch Honorius III. (1223); *BF(W)* 6632: Aufforderung an den Erzbischof von Magdeburg, sich vor Honorius III. wegen der Lehnvergabe von Vogteien zu verantworten (1226). Vgl. hierzu die königlichen Rechtssprüche über die Vogteiverhältnisse: *MGH Const.* 1, Nr. 157, S. 219 f. (1155); Nr. 235, S. 329 f. (1170); H o d e n b e r g, *Verdener Geschichtsquellen* 2, Nr. 46, S. 73 f. (1223); L. Weiland, *Sieben Kaiserurkunden, Forschungen zur Deutschen Geschichte* 18 (1878) Nr. 3, S. 206 f. (1226).

Fragen⁶²⁾ strittig waren. Vor allem die von einigen bischöflichen Kronvasallen praktizierte Übung, bei Rechtsstreitigkeiten um Regalien oder Lehen zumindest alternativ die päpstliche Gerichtsentscheidung anzurufen⁶³⁾, beeinträchtigte die königliche Lehngerichtsbarkeit empfindlich.

Abträglich für die königliche Gerichtsbarkeit war auch der Anspruch des Papsttums, im Falle des *difficile et ambiguum iudicium* zur Entscheidung berufen zu sein⁶⁴⁾ und — entsprechend den königlichen Weistümern — verbindliche Auskünfte in Rechtsfragen zu erteilen. Daß das Papsttum diese Möglichkeit auch dazu genutzt hat, in Lehnssachen rechtsbildend tätig zu werden, zeigt schon die Tatsache, daß dem Lehnrecht ein

⁶²⁾ Vgl. z. B. MGH Epp. sel. 1, Nr. 43, S. 33: Wiederherstellung des Bistums Spoleto unter gleichzeitiger Nichtigkeitserklärung früherer kaiserlicher Belehnungen durch Honorius III. (1218); Westfälisches Urkundenbuch, hg. v. Heinrich F i n k e 5, 1 (1888) Nr. 430, S. 202: Erlaubnis an den Elekten von Köln, Lehen der Kölner Kirche, die an im Inzest oder in verbotenen Ehen erzeugte Nachkommen der Lehnsinhaber zu fallen drohen, einzuziehen (1239); BF(W) 6175: Nichtigkeitserklärung einer Vereinbarung in Lehnssangelegenheiten zwischen dem Erzbischof von Salzburg und dem Herzog von Österreich durch Innocenz III. (1215); MGH Epp. sel. 2, Nr. 135, S. 102 (1245); Nr. 614, S. 437 (1248) und F i c k e r, Forschungen (s. o. Anm. 51) 4, Nr. 108, S. 152 ff. (1138): Aberkennung von Lehen; H o d e n b e r g, Verdener Geschichtsquellen 2, Nr. 38, S. 61 f.: Entscheidung über Lehnserträge bei Lehnsvakanz (ca. 1197).

⁶³⁾ So wandte sich z. B. der Bischof von Gurk, als er fürchtete, mit seinem Anspruch gegen den Erzbischof von Salzburg beim königlichen Lehngericht nicht durchzudringen, an den Papst. Vgl. Eduard W i n k e l m a n n, Acta imperii inedita 1 (1880) Nr. 462, S. 392 f. (1228) und zum Gurker Bistumsstreit die oben, Anm. 17 angeführten Quellen- und Literaturhinweise. Ähnlich versuchte der Bischof von Lüttich in dem Streit mit der Gräfin von Flandern um die Lehnserfolge im Hennegau neben dem königlichen Gericht auch die Unterstützung des päpstlichen Stuhles zu finden. So ist es wohl auf die ausdrückliche Bitte des Bischofs zurückzuführen, daß der Erzbischof von Köln sich in dieser Angelegenheit an den Papst wandte: Reg. der Erzbischöfe von Köln (s. o. Anm. 13) 3, Nr. 1231 (1246).

⁶⁴⁾ Vgl. die berühmte Dekretale „Per venerabilem“ c. 13 X IV, 17: ... *quod non solum in ecclesiae patrimonio, super quo plenam in temporalibus gerimus potestatem, verum etiam in aliis regionibus, certis causis inspectis, temporalem iurisdictionem casualiter exercemus, non quod alieno iuri praeiudicare velimus ... sed quia, sicut in Deuteronomio continetur; „Si difficile et ambiguum apud te iudicium esse perspexeris, inter sanguinem et sanguinem, causam et causam lepram et non lepram, et iudicium inter portas tuas verba videris variari: „surge et adscende ad locum, quem elegerit Dominus Deus tuus, venies ad sacerdotes Levitici generis, et ad iudicem, qui fuerit illo tempore, quaeresque ab eis, qui iudicabunt tibi iudicii veritatem, et facies quaecunque dixerint, qui praesunt loco, quem elegerit Dominus, sequerisque eorum sententiam nec declinabis ad dexteram vel ad sinistram ...“* und hierzu B u i s s o n, Potestas (s. o. Anm. 52), S. 63 f. und A. H o f, „Plenitudo Potestas“ und „Imitatio Imperii zur Zeit Innocenz' III., ZKG 66 (1954/55) S. 63 f. mit weiteren Belegen.

— wenn auch kurzer Titel — „De feudis“ in der Dekretalensammlung Gregors IX. gewidmet war⁶⁵). Einen Höhepunkt erreichte die konkurrierende päpstliche Gerichtsbarkeit in Lehnsangelegenheiten unter Innocenz IV., der im Kampf gegen die Staufer mehrfach versuchte, die Machtmittel des Lehnrechts gegen kaisertreue Kirchenvasallen einzusetzen⁶⁶).

Zur Begründung berief sich Innocenz IV. jedoch ebensowenig wie seine Vorgänger⁶⁷) auf eine das Patrimonium Petri überschreitende päpstliche Lehngerichtsbarkeit, sondern auf den Anspruch, im Falle der Reichsvakanz, die nach seiner Ansicht mit der Absetzung Friedrichs eingetreten war, die Funktionen des Kaisers stellvertretend auszuüben⁶⁸). Auch die „Bestätigung“ der im Jahre 1252 auf dem Reichstage von Frankfurt unter König Wilhelm zustandegekommenen Rechtssprüche in Lehnsachen durch den Papst läßt sich kaum im Sinne eines päpstlichen „de iure“-Anspruches auf die oberste Lehngerichtsbarkeit im Reiche deuten, zumal nach dem Wortlaut der Urkunde die päpstliche Bestätigung auf Bitten Wilhelms erfolgte, der sich wohl aus politischen Gründen in seinem

⁶⁵) X III, 20. Vgl. auch die Entscheidung Innocenz' IV. auf die Anfrage des Erzbischofs von Salzburg über das Heimfallrecht an den Lehen der österreichischen Herzöge: MGH Epp. sel. 2, Nr. 592, S. 420 und dazu Herta Hageneder, Die Beziehungen der Babenberger zur Kurie in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts, *MIÖG* 75 (1967) S. 22 f.

⁶⁶) Vgl. die Aufforderung des Papstes an alle deutschen Erzbischöfe, Bischöfe, Äbte und Prälaten, allen Anhängern Friedrichs II. und seines Sohnes Konrad die Lehen ihrer Kirchen zu entziehen und nach dem Rat des päpstlichen Legaten an Anhänger der Kirche zu vergeben: MGH Epp. sel. 2, Nr. 308, S. 234 (1247).

Vgl. auch die Bestätigung eines Urteils des Bischofs von Ferrara, wonach einige Vasallen ihres Lehens beraubt wurden, *pro eo quod abnegata fidelitate manifeste te et Ferrariensem ecclesiam hostiliter impugnarant, contra iuramentum proprium temere venientes, nec non quia contra Romanam ecclesiam Frederico quondam Romanorum imperatori nequiter adherere presumpserant* ... MGH Epp. sel. 2, Nr. 135, S. 102 (1245). Vgl. außerdem MGH Epp. sel. 2, Nr. 614, S. 437 (1248); BF(W) 7506 (1245) und 7600 (1246).

⁶⁷) Vgl. z. B. das Schreiben Innocenz' III. an den Bischof von Vercelli: c. 10 X de foro competenti II, 2.

⁶⁸) Vgl. die Aufforderung Innocenz' IV. an die Vasallen der Kirche von Verdun, dem Bischof von Verdun Homagium und Treueid zu leisten, ... *cum nullum ad presens in Theotonia imperatorem nullum habeat sive regem, a quo [regalia] Verdunensis ecclesie recipere valeat* ... MGH Epp. sel. 2, Nr. 155, S. 117.

So verlieh auch Alexander IV. nach dem Tode König Wilhelms dem Bischof von Verdun die Regalien *cum imperium vacet adpresens* ..., mit der Auflage, beim künftigen König um die Belehnung nachzusuchen: MGH Epp. sel. 3, Nr. 431, S. 390 (1256).

Kampf gegen die Gräfin von Flandern der päpstlichen Unterstützung vergewissern wollte⁶⁹⁾.

So wurden auch nach dem Niedergange der staufischen Macht die königlichen Lehngerichtsbefugnisse vom Papsttum zwar bisweilen faktisch ausgeübt, aber nie ernsthaft und „de iure“ in Anspruch genommen.

Die faktische Ausdehnung der päpstlichen Gerichtsbarkeit auf Lehnangelegenheiten wurde von den Königen der Stauferzeit weder als rechtmäßig anerkannt, noch stillschweigend hingenommen. Mit Nachdruck beharrten sie vielmehr sowohl gegenüber dem Papsttum⁷⁰⁾ als auch gegenüber ihren Vasallen⁷¹⁾ auf der ungeschmälerten Kompetenz des königlichen Lehngerichts, wobei auch sie nicht davor zurückscheuten, gegebenen Falles von ihrer Lehngerichtsgewalt Gebrauch zu machen, um kirchenpolitische Ziele durchzusetzen⁷²⁾.

Trotz aller Einschränkungen, die sich vor allem auf Grund der konkurrierenden geistlichen Gerichtsbarkeit ergaben, zeugt die in zahlreichen

⁶⁹⁾ Vgl. Charles Duvivier, *Les influences français et germanique en Belgique au XIII^e siècle. La querelle des d'Avesnes et des Dampierre jusqu'à la mort de Jean d'Avesnes (1257)* 2 (1894) Nr. 180, S. 297.

⁷⁰⁾ Vgl. den Protest König Heinrichs (VII.) anlässlich der Einlassung des päpstlichen Stuhles in den Gurker Regalienstreit (s. hierzu BF(W) 5986, 6680 und zum Streit selbst oben Anm. 17): ... *Cum autem eandem questionem nostris temporibus iterum contigerit suscitari, coram reverendo patre nostro sancte Romane ecclesie Gregorio summo pontifice Gurcensis episcopus super eodem iure Salzpurgensem archiepiscopum traxit in causam. Verum licet eidem sanctissimo et patri spirituali omnia parere debeant in suo iure et nos obsequia nostra debeamus et velimus eidem exhibere, ad nos tamen specialiter salve reverentia sua pertinere dinoscuntur huiusmodi questiones, a quibus feoda regalium processerunt. Unde presumimus vehementer, quod propter nimiam suam occupationem iure nostro neglecto dictam questionem suscepit terminandam quasi ad se veraciter pertinentem, vel forte pars Gurcensis episcopi, quod feodum esset, non fecerat mentionem. Et quoniam sumus ubique iuris apostolici defensores, contra nos iniurias prodire inde non poterimus suspicari, unde iura evidentissima manare deberent ...* (Winkelmann, Acta 1, Nr. 462, S. 392 f. [1228]).

⁷¹⁾ Vgl. das Verbot Kaiser Friedrichs II. an den Abt von S. Sisto zu Piacenza, einen Streit um Lehnstnutzungen mit der Stadt Cremona vor das Gericht des Papstes zu ziehen, *cum de ratione imperii questiones huiusmodi, presertim de rebus regalibus, debeant in nostra curia ventilari ...*: Böhm er, Acta (s. o. Anm. 12), Nachträge, Nr. 1086, S. 781 (1223).

⁷²⁾ Vgl. z. B. die Weigerung König Friedrichs I., den Erzbischof von Salzburg, der den von Friedrich geförderten Gegenpapst nicht anerkennen wollte, mit den Regalien zu belehnen, wobei die Unnachgiebigkeit des Erzbischofs die Aberkennung aller weltlichen Rechte durch Gerichtsspruch zur Folge hatte: Widmann, Salzburg 1 (s. o. Anm. 12) S. 267 ff. Vgl. auch die Aberkennung der Regalien des Bamberger Bischofs Boppo durch Friedrich II. (1242): H u i l l a r d - B r é h o l l e s, Historia 6, 1, S. 52 ff.

Urteilen und Weistümern überlieferte Gerichtspraxis doch von der grundsätzlichen Bedeutung und dem umfassenden Regelungsbereich der königlichen Lehngerichtsbarkeit im Zeitalter der Staufer.

II. Die Ausübung der königlichen Lehngerichtsbarkeit

Nach der Ermittlung des Kompetenzbereiches soll im folgenden die Ausübung der königlichen Lehngerichtsbarkeit, das heißt die Besetzung des Gerichts sowie die Grundzüge des Verfahrens untersucht werden.

1. Deutschland

Auch in seiner Eigenschaft als Lehngericht verfügte das königliche Gericht in Deutschland im 12. und 13. Jahrhundert nicht über eine behördenmäßige Organisation mit einem festen Stab von Gerichtspersonen; mit dem Gerichtsort änderte sich vielmehr in der Regel auch die jeweilige Zusammensetzung des Gerichts, wobei die Zahl der an der Gerichtsversammlung teilnehmenden Personen nicht festgelegt war, sondern von Fall zu Fall wechselte⁷³). Die Eigenart der deutschen Gerichtsverfassung des Mittelalters, wonach zur Gerichtsversammlung im weiteren Sinne neben den Urteilern der gesamte „Umstand“, das heißt alle Anwesenden gehörten⁷⁴), zeigt sich auch deutlich bei den Versammlungen, die die Könige aus den verschiedensten Anlässen abhielten. In der Literatur wird dabei allgemein nach Zusammensetzung und Kompetenz zwischen dem „Reichshofgericht“ und dem „Hof-“ bzw. „Reichstag“ unterschieden⁷⁵). Dabei ist jedoch zu bedenken, daß ein- und dieselbe Versammlung verschiedene Funktionen ausüben konnte, ohne daß sich ihre Zusammensetzung im ganzen änderte. So konnte eine vom König einberufene Versammlung unter Umständen als Hof- oder Reichstag über Reichsheerfahrten und Gesetze beschließen, gleichzeitig aber als Lehn- oder Landgericht Recht sprechen oder Weistümer erlassen⁷⁶). Die Aus-

⁷³) Vgl. zur Gerichtsverfassung des Reichshofgerichts neben dem Werk von Franklin (s. o. Anm. 4) Schröder-Künßberg, Rechtsgeschichte S. 593 ff. und Conrad, Rechtsgeschichte 1, S. 378 ff.

⁷⁴) Vgl. Schröder-Künßberg, Rechtsgeschichte S. 178, 609; Planck, Gerichtsverfassung 1, 1, S. 262 ff.

⁷⁵) Vgl. Schröder-Künßberg, Rechtsgeschichte S. 552 ff., 593 ff.; Conrad, Rechtsgeschichte 1, S. 241 ff., 378 ff.

⁷⁶) Vgl. z. B. die Beschlüsse und Rechtssprüche der Reichsversammlungen zu Merseburg von 1152 (Simonsfeld, Jahrbücher S. 99 ff.), zu Roncaglia von 1158 (St. 3826—3829), zu Würzburg von 1216 (BF(W) 854 a—863), zu Frankfurt von 1220 (BF(W) 1098—1128) und zur Sache G. Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte 8 (1955) S. 12.

übung der verschiedenen Funktionen führte allenfalls zu einer unterschiedlichen Auswahl der Personen, die die Entscheidungen zu treffen hatten, ohne daß sich die Versammlung jeweils im ganzen neu konstituieren mußte. Ebenso wenig war es für die Ausübung der Lehngerichtsbarkeit erforderlich, daß überhaupt ein offizieller Hoftag ausgeschrieben war oder daß eine repräsentative Anzahl von Reichsfürsten oder Reichsständen zugegen war; grundsätzlich konnten die am Hofe anwesenden Vasallen unter dem Vorsitz des Königs jederzeit zur Lehngerichtsversammlung zusammentreten, um konkrete Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden oder Weistümer zu erlassen⁷⁷⁾.

Wenn also die Frage nach der Besetzung des königlichen Lehngerichts gestellt wird, so bedeutet dies nur so viel, daß untersucht werden soll, nach welchen Gesichtspunkten die Urteiler, die über Lehnsangelegenheiten Recht sprechen sollten, aus dem Kreise der Anwesenden ausgewählt wurden⁷⁸⁾. Nach der Theorie der Rechtsbücher war das Lehngericht in der Regel mit den unmittelbar vom Lehnsherrn belehnten Vasallen besetzt⁷⁹⁾, die in den Urkunden meist als *pares*, *compares*⁸⁰⁾ bezeichnet werden. Der Urteilsfinder mußte außerdem in der Regel den Heerschild besitzen⁸¹⁾, das heißt, er mußte auf Grund ritterlicher Abstammung und Lebensart in vollem Sinne lehnrechtsfähig sein⁸²⁾. Im übrigen waren weder Stammesgleichheit mit den Parteien noch ein

⁷⁷⁾ Insoweit kann der Ansicht von Conrad, Rechtsgeschichte 1, S. 243, daß die Feststellung von Weistümern zur Kompetenz des Reichstages gehörte, jedenfalls für die staufische Epoche nicht zugestimmt werden. Gerade in Lehnssachen wurden Weistümer von Versammlungen gefunden, die man kaum als „Reichstage“ bezeichnen kann. Vgl. z. B. MGH Const. 2, Nr. 52, S. 63 f. (1214), Nr. 298, S. 412 (1230), Nr. 333, S. 443 f. (1240); MGH Const. 1, Nr. 321, S. 459 f. (1180).

⁷⁸⁾ Aus dem Gesagten ergibt sich auch, daß die Zeugenlisten in den Urkunden zum Teil nur bedingten Wert für die Ermittlung der Urteiler haben, da es durchaus möglich ist, daß hier aufgeführte Personen nur dem „äußeren Umstand“ angehörten, ohne als Urteiler an der Rechtsfindung mitgewirkt zu haben.

⁷⁹⁾ Vgl. hierzu und im folgenden Plank, Gerichtsverfassung 1, 1, S. 15 ff; Homeyer, Sachsenspiegel 2, 2, S. 572 ff.

⁸⁰⁾ Vgl. z. B. MGH DD 9 Konr. III., Nr. 74, S. 130 (1142); Böhm, Acta Nr. 122, S. 114 f. (1165).

⁸¹⁾ Sachsenspiegel Lehnrecht 2, § 2; 71, § 20 (s. o. Anm. 18). Vgl. zur Heerschildordnung Sachsenspiegel Landrecht 1, 3, § 2 (s. o. Anm. 20), Sachsenspiegel Lehnrecht 1 und hierzu J. Ficker, Vom Heerschild (1862) sowie Schröder-Künßberg, Rechtsgeschichte S. 430 f. (mit Literatur) und Mitteis, Lehnrecht S. 437 ff.

⁸²⁾ Vgl. Sachsenspiegel Lehnrecht 2, § 4 (s. o. Anm. 18): *an lenrechte vulkomen* und hierzu Schröder-Künßberg, Rechtsgeschichte S. 430.

bestimmter Stand vorgeschrieben⁸³⁾ — ausgenommen, wenn um ein Fürstenfahnlehen gestritten wurde: in diesem Falle mußte der Urteiler Fürst sein⁸⁴⁾. Die belehnten Dienstmannen des Herrn waren nach der Theorie des Sachsenspiegels wohl nur zur Urteilsfindung im Dienstmannengericht, nicht aber im Vasallengericht zugelassen⁸⁵⁾. Eine Überprüfung, inwieweit diese Grundsätze auf die Besetzung des königlichen Lehngerichts übertragen werden können, wird durch das Fehlen gesetzlicher Regelungen und die Unbestimmtheit der Urkunden⁸⁶⁾ wesentlich erschwert. Als sicher kann jedoch gelten, daß die Urteiler bei konkreten Rechtsstreitigkeiten — im Gegensatz zum strafrechtlichen Verfahren nach Landrecht⁸⁷⁾ — nicht unter dem Gesichtspunkt der Stammesgleichheit mit den Parteien ausgewählt wurden⁸⁸⁾. Was den Stand der Urteiler angeht, fällt der hervorragende Anteil der Fürsten an der Urteilsfindung auf⁸⁹⁾ — auch wenn es sich nicht um Fürstenfahnlehen handelte⁹⁰⁾.

⁸³⁾ Vgl. H o m e y e r, Sachsenspiegel 2, 2, S. 574.

⁸⁴⁾ Sachsenspiegel Lehnrecht 71, §§ 20, 22 (s. o. Anm. 18).

⁸⁵⁾ Dies wird man wohl auf Grund der scharfen Trennung des Sachsenspiegels zwischen Dienstrecht und Lehnrecht annehmen müssen. Vgl. hierzu H o m e y e r, Sachsenspiegel 2, 2, S. 574.

⁸⁶⁾ Vgl. oben Anm. 78.

⁸⁷⁾ Vgl. z. B. die Ächtung Heinrichs des Löwen: ... *et pro hac contumacia principum et sue conditionis Suevorum proscriptionis nostre inciderit sententiam* ... MGH Const. 1, Nr. 279, S. 385 (Gelnhäuser Urkunde) und außerdem MGH DD 9 Konr. III. Nr. 222, S. 394 f. (1150); MGH Const. 2, Nr. 278, S. 391 f. (1222). Vgl. hierzu F r a n k l i n, Reichshofgericht 2, S. 71 und S c h r ö d e r - K ü n ß b e r g, Rechtsgeschichte S. 596.

⁸⁸⁾ So sprach z. B. der Herzog Bernard von Sachsen das Urteil, das die Nichtigkeit von Kirchengutsveräußerungen des früheren Bischofs von Trient feststellte, wobei anscheinend auch der Markgraf von Meißen und der Graf von Orlamünde neben Trienter Vasallen zum Urteilerkreis gehörten: Cod. Wangianus (s. o. Anm. 15) Nr. 30, S. 79 ff.

Im Jahre 1222 urteilten der Erzbischof von Mainz, der Kanzler der Bischöfe von Metz und Speyer, der Bischof von Würzburg, der Bischof von Worms und der Graf von Württemberg über eine Anfrage des Bischofs von Passau in Lehn-sachen: MGH Const. 2, Nr. 277, S. 391. Vgl. auch die Lehngerichtsurteile Huillard-Bréholles, Historia 3, S. 417 ff. (1230); MGH Const. 2, Nr. 62, S. 75 f. (1218).

Vor allem, wenn das königliche Lehngericht an Stelle des an sich zuständigen unteren Lehngerichts auftrat (vgl. oben Anm. 19), wurde bisweilen ein Teil der Urteiler aus dem Kreis der Untervasallen, die über ihren Lehnsherrn mittelbar am Rechtsstreit beteiligt waren, gewählt. Vgl. z. B. MGH Const. 1, Nr. 297, S. 422 (1184) und BF(W) 5029 (1251).

⁸⁹⁾ So weist die Masse der Rechtssprüche durch die Formel *per sententiam principum* oder ähnlich auf die maßgebende Mitwirkung der Fürsten bei der Urteilsfindung hin.

Die Mitwirkung von Edelfreien und Ministerialen als Urteiler läßt eine gewisse Entwicklung erkennen. Während unter Konrad III. die beiden Gruppen anscheinend nur hinzugezogen wurden, wenn Fragen ihres Standes unmittelbar angesprochen wurden⁹¹⁾, waren nach den späteren Urkunden — neben den Fürsten — Edelfreie⁹²⁾ und mit dem 13. Jahrhundert in starkem Maße auch Ministerialen⁹³⁾ an der Urteilsfindung beteiligt. Die gemeinsame Urteilsfindung durch Fürsten, Edelfreie und Ministerialen scheint im 13. Jahrhundert zur Regel geworden zu sein — auch wenn Lehn- oder Regalienrechte von Fürsten strittig waren.

Wenn eine abstrakte Rechtsfrage durch ein *Weistum* entschieden werden sollte, verzichtete man in der Regel wohl auf die Auswahl be-

⁹⁰⁾ Vgl. z. B. MGH DD 9 Konr. III., Nr. 247, S. 431 f. (1151): Veräußerungen des Erzbischofs von Köln; Mon. Boica 29 a, Nr. 494, S. 336 ff. (1154): Streit zwischen der Tochter eines Ministerialen und dem Abt von St. Emmeram um Belehnung; Goez, Lehnrecht (s. o. Anm. 19), Nr. 11, S. 24 (1165): Streit zwischen dem Naumburger St. Georgenkloster und seinen Vasallen; Böhmer, Acta Nr. 122, S. 114 f. (1165): Streit zwischen dem Bischof von Cambrai und seines Bruders Witwe um ein vom Grafen von Hennegau rührendes Lehen.

⁹¹⁾ Vgl. die Urteile MGH DD 9 Konr. III., Nr. 210, S. 377 ff. (1149); MGH DD 9 Heinr. (VI), Nr. 6, S. 526 f. (1148); MGH DD 9 Konr. III., Nr. 221, S. 390 ff. (1150).

⁹²⁾ Vgl. z. B. MGH Const. 1, Nr. 278, S. 383 f. (1179): *Quam sententiam nos approbamus . . . , quoniam multorum tam principum quam aliorum nobilium assensu laudata fuit . . .*; Böhmer, Acta Nr. 122, S. 114 f. (1165): *. . . et universo principum ac baronum cetu assistente . . .*; MGH Const. 1, Nr. 236, S. 330 f. (1170): *. . . de quibus universalis curie nostre, presentibus principibus et magnatibus regni nostri . . .*; MGH Const. 2, Nr. 69, S. 81 (1219): *. . . per sententiam principum et aliorum fidelium nostrorum . . .*

⁹³⁾ Vgl. MGH Const. 1, Nr. 328, S. 466 f. (1190): *Predictae sententie subscripti principes, nobiles et ministeriales interfuerunt ipsamque approbaverunt . . .*; MGH Const. 2, Nr. 75, S. 70 ff. (1216): *. . . per sententiam principum et subsecucionem tam nobilium quam baronum atque ministerialium . . .*; MGH Const. 2, Nr. 282, S. 396 f. (1223): *. . . dictante principum et aliorum magnatum et fidelium imperii sententia . . .*; Huillard-Bréholles, Historia 3, S. 417 ff. (1230): Urteil über Lehnveräußerungen der Abtei von Nivelles durch den Bischof von Bamberg, H. von Neiffen, Friedrich von Truhendingen und Anselm von Justingen als Urteiler; Huillard-Bréholles, Historia 6, 1, S. 52 ff. (1242): *. . . dictante sententia procerum et ministerialium nobiscum in publica curia residencium . . .* Vgl. zur Prozeßfähigkeit der Ministerialen ein von Gislebert von Mons überliefertes Urteil des königlichen Gerichts (1190), wonach Ministerialen zur Urteilsfindung zugelassen werden konnten, wenn nur der erste Urteilsverkünder und noch ein Urteilsfinder Edelfreie waren: MGH Const. 1, Nr. 329, S. 467. Vgl. hierzu auch die Rechtssprüche des königlichen Lehngerichts für den Herzog von Brabant (1222): *. . . quod in iure feudali omnis ministerialis feodotarius eque iudicare possit super feodis nobilium et ministerialium, exceptis tamen feodis principum . . .* (MGH Const. 2, Nr. 279, S. 392 f.).

sonderer Urteiler. In diesem Falle richtete der König die Frage vielmehr an einen der Anwesenden — meist einen Fürsten⁹⁴⁾ — wobei die Versammlung in ihrer Gesamtheit den Rechtsspruch zu billigen hatte⁹⁵⁾.

Im Gegensatz zum landrechtlichen Verfahren bei Strafprozessen⁹⁶⁾ oder Streitigkeiten um Grundeigentum⁹⁷⁾ war das königliche Gericht als Lehngericht an keinen bestimmten Gerichtsort gebunden⁹⁸⁾.

Das Verfahren bei der Urteilsfindung läßt — von wenigen Ausnahmen abgesehen⁹⁹⁾ — die allgemeinen Grundsätze des germanischen Prozeßverfahrens erkennen, wonach der Richter nicht selbst das Urteil fällte, sondern sich darauf beschränkte, die Verhandlung zu leiten und das Urteil von ausgewählten Urteilern zu erfragen¹⁰⁰⁾. Wenn der König als Lehnrichter auf Grund dieses Verfahrens auch formal von jeder unmittelbaren Einwirkung auf die Urteilsfindung ausgeschlossen war,

⁹⁴⁾ Vgl. MGH Const. 1, Nr. 328, S. 466 f.; Nr. 329, S. 467. MGH Const. 2, Nr. 308, S. 422; Nr. 317, S. 427 f.; Nr. 359, S. 465 ff.

⁹⁵⁾ Vgl. z. B. MGH Const. 1, Nr. 236, S. 330 f. ... *Notum facimus ... quod dilectus ... H. episcopus ... quasdam questiones in facie curie nostre coram nobis deposuit, de quibus universalis curie nostre, presentibus principibus et magnatibus regni nostri, sententia hoc dictavit ...* Vgl. auch MGH Const. 1, Nr. 336, S. 479; MGH Const. 2, Nr. 52, S. 63 f. und Franklin, *Sententiae* (s. o. Anm. 27) S. VIII, IX.

⁹⁶⁾ So wurde die Reichsacht im 12. Jahrhundert in der Regel nur im Heimatland des Betroffenen verhängt. Vgl. hierzu Homeyer, Über die Heimath nach altdeutschem Recht, insbesondere über das Hantgemal (Abh. Berlin 1852) S. 67 ff. und 76 sowie Franklin, Reichshofgericht 2, S. 68 ff. mit weiteren Nachweisen. Entsprechendes galt nach dem Sachsenspiegel für Klagen, die einen gerichtlichen Zweikampf nach sich zogen: Sachsenspiegel Landrecht III, 26, § 2; III, 33, § 3 (s. o. Anm. 20). Vgl. hierzu Franklin, Reichshofgericht 2, S. 67.

⁹⁷⁾ Für Streitigkeiten um Eigengut war grundsätzlich das Gericht der belegen Sache zuständig. Vgl. BF(W) 3978 a und Reg. der Bisch. v. Straßburg (s. o. Anm. 51) 2, Nr. 923, S. 45 (1226) und Plank, Gerichtsverfassung I, 1, S. 47 ff.; Schröder-Künßberg, Rechtsgeschichte S. 596, 607.

⁹⁸⁾ Sowohl die Rechtsbücher als auch Urteile des königlichen Lehngerichts lassen den Grundsatz erkennen, daß der Lehnsherr seinen Vasallen auf jedes seiner Lehnsgüter vor Gericht fordern konnte. So entschied das königliche Gericht unter Konrad III. auf die Klage des Abtes von Reims gegen einen mit Klostersgut belehnten Ministerialen (1149) ... *omnen hominem sive liberum sive ministerialem oportere domum illius adire, cuius nomine possideret, in quocumque regno vel provincia sita esset, si de ipsa possessione controversia ageretur ...* MGH DD 9 Konr. III., Nr. 210, S. 378. Vgl. auch Sachsenspiegel Lehnrecht 72, § 1 (s. o. Anm. 18); MGH Const. 2, Nr. 279, S. 393 (1222); Reg. d. Erzb. v. Köln (s. o. Anm. 13) 3, Nr. 1303 (1247) und für das königliche Gericht Franklin, Reichshofgericht 2, S. 63 ff.; Waitz, Verfassungsgeschichte²⁸, S. 14.

⁹⁹⁾ S. unten S. 425.

¹⁰⁰⁾ Vgl. Franklin, Reichshofgericht 2, S. 262 ff.

so darf doch sein Einfluß in der Praxis nicht unterschätzt werden, da er die Urteiler bestimmte und schon allein durch seine Anwesenheit die Urteilsberatung entscheidend beeinflussen konnte. Außerdem nutzten die Könige seit dem 13. Jahrhundert in verstärktem Maße die Möglichkeit, Reichsministerialen und Edelfreie aus ihrer ständigen Umgebung zur Urteilsfindung heranzuziehen und so einen konstanten, dem königlichen Einfluß besonders ausgesetzten Urteilerkreis in die ihrer Zusammensetzung nach wechselnden Gerichtsversammlungen einzuführen¹⁰¹).

2. Italien

In Italien ergaben sich für die Ausübung der königlichen Lehngerichtsbarkeit wesentlich andere Voraussetzungen, auf die bereits Julius Ficker aufmerksam gemacht hat¹⁰²). Hiernach sind im Gegensatz zu Deutschland weder für das Verfahren noch die Besetzung des königlichen Gerichts bei Lehnsangelegenheiten Besonderheiten gegenüber den übrigen Zivil- oder Strafprozessen erkennbar¹⁰³). Das Verfahren selbst war im Gegensatz zum altdeutschen Prozeß in der Regel durch die Identität der Richter und Urteiler gekennzeichnet¹⁰⁴), wobei der König Entscheidungen in Lehnsangelegenheiten auch ohne förmliches Prozeßverfahren, allein auf Grund königlicher Machtvollkommenheit, traf¹⁰⁵).

¹⁰¹) So sind z. B. die Reichsministerialen Werner von Bolanden, Eberhard von Waldburg (Reichstruchseß), Konrad von Winterstetten (Reichsschenk) und Anselm von Justingen (Reichsmarschall; vgl. zur Abstammung O. v. Dungern, Comes, liber, nobilis in den Urkunden des 11. bis 13. Jahrhunderts, AUF 12 [1932] S. 194) als ständige Begleiter der staufischen Könige bei zahlreichen Lehngerichtsurteilen bezeugt: Vgl. Böhmer, Acta Nr. 145, S. 137 (1184); MGH Const. 1, Nr. 304, S. 432 f. (1186); MGH Const. 2, Nr. 52, S. 63 f. (1214); Nr. 62, S. 75 f. (1218); Nr. 276, S. 390 f. (1222); Nr. 279, S. 392 f. (1222); Nr. 288, S. 403 f. (1225); Nr. 298, S. 412 (1230); Huillard-Bréholles, Historia 3, S. 417 ff. (1230); 4, 2, S. 644 f. (1234) und zu den genannten Personen Bosl, Reichsministerialität 1, S. 260 ff., 2, S. 410 ff., 428 ff. und J. Ficker, Die Reichshofbeamten der staufischen Periode (SB Wien 40, 1862) S. 447 ff., insbesondere S. 462, 476 ff. und 494 ff.

¹⁰²) Ficker, Forschungen 3, S. 178 ff., S. 345 ff.

¹⁰³) Ficker, Forschungen 3, S. 328.

¹⁰⁴) Vgl. Huillard-Bréholles, Historia 5, 1, S. 313 ff., 480 f. (1239) und Ficker, Forschungen 3, S. 178 ff. Vgl. jedoch als Ausnahme Affò, Guastalla (s. o. Anm. 15) 1 (Anhang), Nr. 40, S. 347 (1185).

¹⁰⁵) Vgl. Böhmer, Acta Nr. 192, S. 176 f.: Aufhebung von Lehnsvergaben (1196); ibid., Nr. 250, S. 226: Aberkennung der Lehen der Vasallen von Radicofani (1210); Huillard-Bréholles, Historia 1, 2, S. 597 f.: Aufhebung von Lehnveräußerungen (1219), und hierzu Ficker, Forschungen 3, S. 345 ff.

Da der König im Lehnprozeß die Funktionen des Lehnsherrn, Richters und Urteilers in sich vereinigte, hatte er es praktisch in der Hand, Ablauf und Ausgang des Prozesses zu bestimmen¹⁰⁶). Auswirkungen dieser unumschränkten Gerichtsgewalt lassen sich vereinzelt auch außerhalb Italiens verfolgen. Während noch Konrad III. selbst bei Privilegienbestätigungen großen Wert auf die Einhaltung des förmlichen Prozeßverfahrens legte¹⁰⁷), entschieden Friedrich I. und Friedrich II. Lehnangelegenheiten — in Anlehnung an römisch-rechtliche Traditionen — bisweilen auch durch formlose Reskripte, allein gestützt auf die kaiserliche „auctoritas“, wobei sich die Mitwirkung anderer Personen auf eine im rechtlichen Sinne unverbindliche Beratung erschöpfte¹⁰⁸).

Die kurzen Ausführungen haben gezeigt, daß das lehngerichtliche Verfahren dem Königtum nicht nur in Italien, sondern auch in Deutschland — im Gegensatz zum Verfahren nach Landrecht — die größte Freiheit in der Wahl des Gerichtsortes, der Urteiler und der Verfahrensweise ließ und damit entscheidenden Einfluß auf den Verlauf der Prozesse sicherte.

¹⁰⁶) Die unumschränkte Lehngerichtsgewalt des Königs in Italien stand in auffälligem Gegensatz zur vasallenfreundlichen Tendenz der lombardischen Lehnrechtsbücher (vgl. Mitteis, Lehnrecht S. 404 ff.) und der Gerichtsverfassung der Untergerichte im 12. und 13. Jahrhundert, wonach in der Regel die Vasallenkurie zur Entscheidung von Lehnstreitigkeiten zuständig war. Vgl. z. B. die Lehngesetze König Konrads II. (MGH Const. 1, Nr. 45, S. 90) und Friedrichs I. (MGH Const. 1, Nr. 177, S. 248) sowie Ficker, Forschungen 4, Nr. 108, S. 152 ff. (1138); Nr. 121, S. 164 f. (1151); Nr. 125, S. 167 f. (1158); Nr. 255, S. 302 (1212); Nr. 453, S. 462 (1267); K. F. Stumpf-Brentano, Die Reichskanzler ... 3: Acta imperii ... (1883) Nr. 137, S. 180 f. (1159); BF(W) 12 623 (1220) und hierzu E. Mayer, It. Verfassungsgeschichte von der Gothenzeit bis zur Zunft Herrschaft 1 (1909) S. 462 f.

¹⁰⁷) Vgl. MGH DD 9 Konr. III., Nr. 139, S. 250: ... *Et quoniam benivolentia regalis nulli in iusticia sua deesse debet et nos sine iudiciario ordine nichil huiusmodi facere consuevimus, perlectis privilegiis, quid super hac re nobis esset faciendum, iudicio principum a comite Heinrico de Gelre sententiam exquisivimus* ...

¹⁰⁸) Vgl. MGH Const. 1, Nr. 169, S. 235: ... *Unde quoniam hec commutatio inanis est et ipso iure irritatur, eam imperiali auctoritate cassamus* ...

Ohne förmliches Prozeßverfahren scheint Friedrich II. auch die Nichtigkeit der lehnweisen Übertragung der Stadt Freising an den Herzog von Bayern festgestellt zu haben. Vgl. MGH Const. 2, Nr. 150, S. 184 f. und hierzu die Nichtigkeitserklärung der päpstlichen Delegierten, die ausdrücklich auf das kaiserliche Urteil Bezug nahmen: ... *civitatem ipsam sic alienari nullatenus de jure potuisse, presertim cum in nostra et aliorum principum presentia dominus imperator, qui est animata lex in terris, in pleno consistorio sententialiter declaraverit et quasi pro lege promulgaverit: sedes episcopales nullatenus infeodari posse* ... Karl Meichelbeck, Historia Frisingensis 2 (1729) S. 7. Vgl. außerdem Huillard-Bréholles, Historia 4, 2, S. 900 (1236).

III. Die Bedeutung der königlichen Lehngerichtsbarkeit für die Ausbildung des Reichslehnrechts und dessen Einfluß auf die territoriale Lehnrechtsentwicklung

Nachdem in den vorangegangenen Abschnitten Kompetenz und Verfahren des königlichen Lehngerichts untersucht wurden, bleibt nun noch die Frage zu klären, nach welchem Recht die Urteile und Weistümer gefunden wurden.

Negativ ist festzuhalten, daß der Urteilsfindung — im Gegensatz zum Verfahren nach Landrecht¹⁰⁹⁾ — nicht das Stammesrecht der betroffenen Parteien zugrundegelegt wurde. Dies folgt schon daraus, daß die Besetzung des Gerichts und die Wahl des Gerichtsortes ohne Rücksicht auf Stammeszugehörigkeit und Stammesgebiet der Parteien vorgenommen wurden und daher kaum gewährleistet war, daß immer Urteiler mit den entsprechenden Rechtskenntnissen zur Verfügung standen¹¹⁰⁾. Als Erkenntnisquelle für die Urteilsfindung diente vielmehr der seit alters her am königlichen Gericht geübte Brauch¹¹¹⁾, ergänzt durch die Rechtserfahrung und -überzeugung der aus verschiedenen Provinzen stammenden Urteiler. Das im königlichen Lehngericht gesprochene Recht war daher im doppelten Sinne Reichsrecht: zum einen, weil es von dem für das gesamte Reich zuständigen Organ festgestellt wurde, zum anderen, weil es auch der Sache nach überregionales Reichsrecht spiegelte.

¹⁰⁹⁾ Vgl. z. B. das Schreiben König Konrads III. an Papst Eugen vom Jahre 1150, in dem er den Papst bittet, die über einen Freien verhängte Exkommunikation aufzuheben, da der Angeklagte in einem Strafprozeß vor dem königlichen Gericht seine Unschuld bewiesen habe: ... *quoniam ... super eadem re in nostra curia pulsatus iudicio gentis sue et nostre curie, quod innocens esset, comprobavit ...* MGH DD 9 Konr. III., Nr. 222, S. 394 f.

¹¹⁰⁾ So verwarf das königliche Gericht in einem Lehnstreit ausdrücklich die Behauptung eines Vasallen, daß er nur verpflichtet sei *in terra et lege gentis sue* seinem Lehnsherren Rechenschaft zu geben: MGH DD 9 Konr. III., Nr. 210, S. 378 (1149).

¹¹¹⁾ Vgl. Otto v. Freising, *Gesta Frederici* (s. o. Anm. 11) II, 46 (anlässlich der Bestrafung des Bischofs von Regensburg, der vor Empfang der Regalien Belehnungen vorgenommen hatte): *Est enim lex curie, quod quisquis de ordine principum principis sui iram incurrens compositionem persolvere cogatur, centum librarum debitor existat, ceteri minoris ordinis viri, sive ingenui sive liberi vel ministri, decem ...* Zum Verfahren gegen Bischof Hartwich s. auch Hans Constantin Faußner, Herzog und Reichsgut im bairisch-österreichischen Rechtsgebiet im 12. Jahrhundert, ZRG Germ. 85 (1968) S. 7, 29 f., 41. Vgl. auch MGH Const. 2, Nr. 54, S. 66: ... *iuxta statuta nostrorum antecessorum ...* (1215); Huillard-Bréholles, *Historia* 3, S. 409: ... *more solito et consueto ...* (1230).

Da im Gegensatz zu Italien¹¹²⁾ die Könige in Deutschland von ihrem Gesetzgebungsrecht in Lehnsangelegenheiten praktisch keinen Gebrauch machten¹¹³⁾, konnte sich das „*ius curiae*“ oder „*ius imperii*“ nur im Wege des Gewohnheitsrechts bilden. In Deutschland war daher in erster Linie das königliche Lehngericht dazu berufen, die Rechtstradition zu wahren und Reichslehnrecht verbindlich festzustellen oder fortzubilden.

Weder die in den Rechtsbüchern zum Ausdruck kommende Vorstellung, daß der König die Quelle allen Rechtes sei¹¹⁴⁾, noch die Terminologie der Urkunden¹¹⁵⁾ können jedoch darüber hinwegtäuschen, daß in den Territorien Deutschlands und Reichsitaliens im 12. und 13. Jh. ein einheitliches Reichslehnrecht nicht mehr vorausgesetzt werden kann, sondern mit einer Vielfalt unterschiedlicher Lehnrechtsbräuche und Gewohnheiten gerechnet werden muß. So hat bereits H. Mitteis auf verschiedene Lehnrechtskreise — vor allem in den Grenzgebieten des Reiches — aufmerksam gemacht¹¹⁶⁾. Das mit der Belehnung verbundene Recht der Untervasallen, dem Lehnsherrn in der Vasallenkurie *lenrechtes helpen*¹¹⁷⁾, mußte zu einer Regionalisierung des Lehnrechts in den Territorien führen, wobei nicht zu bezweifeln ist, daß bei Fragen des Personenstandes und des Erbrechts in starkem Maße auch stammesrechtliche Vorstellungen nachwirkten¹¹⁸⁾. Es muß daher davon ausgegangen werden, daß sich der unmittelbare Regelungsbereich des Reichs-

¹¹²⁾ Vgl. zur Lehngesetzgebung in Italien die Zusammenstellung bei Krause, Königtum und Rechtsordnung (s. o. Anm. 39) S. 29, Anm. 175 und zu den roncalischen Gesetzen Friedrichs I. neuerdings Vittore Colorni, Die drei verschollenen Gesetze des Reichstages bei Roncaglia (Untersuchungen zur dt. Staats- und Rechtsgeschichte, N. F. 12, 1969).

¹¹³⁾ Vgl. Krause, Königtum S. 29 ff.

¹¹⁴⁾ Vgl. Sachsenspiegel Lehnrecht 69, § 8 (s. o. Anm. 18).

¹¹⁵⁾ In den Urkunden tauchen in der Regel nur die allgemeinen Begriffe *ius feudale*, *ius beneficiale*, *ius hominii* etc. ohne regionale Differenzierung auf. Vgl. MGH DD 9 Konr. III., Nr. 79, S. 140 f. (1142); Nr. 167, S. 302 ff. (1147); Nr. 266, S. 460 f. (1151); Scheffer-Boichorst (s. o. Anm. 16), S. 119 f. (1152); MGH Const. 1, Nr. 169, S. 235 f. (1157); MGH Const. 2, Nr. 73, S. 86 ff. (1220); Mon. Wittelsbacensia (s. o. Anm. 28) 1, Nr. 16, S. 42 f. (1228). Hohenlohisches Urkundenbuch, hg. v. K. Weller 1 (1899) Nr. 201, S. 116 (1243).

¹¹⁶⁾ Mitteis, Lehnrecht S. 225 ff., 234 ff. mit den angegebenen Nachweisen.

¹¹⁷⁾ Sachsenspiegel Lehnrecht 79, § 1 (s. o. Anm. 18).

¹¹⁸⁾ So überließ Konradin dem Vikar Guido von Montefeltro zwei Lehen mit der Bestimmung, daß immer der Erstgeborene *more Francorum* nachfolgen solle: Paul Zinsmaier, Nachträge zu den Kaiser- und Königsurkunden der Reg. Imperii, ZGORh. 102 (1954) Nr. 361, S. 240 (1267).

lehnrechts auf die Rechtsverhältnisse zwischen König und Kronvasallen beschränkte und die territoriale Rechtsentwicklung nur mittelbar beeinflusste. Dieser Einfluß soll im folgenden näher untersucht werden. Von Interesse sind dabei vor allem die Fälle, in denen das königliche Gericht als höheres Gericht¹¹⁹⁾ oder an Stelle eines an sich zuständigen Untergerichts¹²⁰⁾ urteilte oder als rechtsweisendes Organ über den Einzelfall hinausgehende Rechtsfragen¹²¹⁾ entschied. Da das Gericht in diesen Fällen in der Regel nur auf Antrag der Parteien oder eines Vasallen hin tätig wurde, kann geschlossen werden, daß das hierauf ergangene Urteil oder Weistum von den Betroffenen als vorrangig und verbindlich auch dann anerkannt wurde, wenn es regionalen Rechtsbräuchen widersprach. Für die Beurteilung der Einflußmöglichkeiten des Reichslehnrechts auf die territoriale Lehnrechtsentwicklung ist daher zunächst zu prüfen, welche Vasallen im 12. und 13. Jahrhundert das königliche Lehngericht auch dann anriefen, wenn seine Zuständigkeit nicht zwingend vorgeschrieben war, sondern lediglich im Ermessen der Parteien lag. Das Ergebnis überrascht insofern, als — von wenigen Ausnahmen abgesehen¹²²⁾ — nur geistliche Vasallen auf diese Weise ihr Vertrauen in die königliche Lehngerichtsbarkeit dokumentierten¹²³⁾. Dieses auffällige Mißverhältnis, das wesentlich größere Einflußmöglichkeiten des Reichslehnrechts auf die geistlichen Territorien erkennen läßt, dürfte nur zum Teil auf die lückenhafte Überlieferung zurückzuführen sein. Es liegt vielmehr der Schluß nahe, daß die weltlichen Territorien im Zeitalter der Staufer bereits wesentlich stärker das Bewußtsein einer eigenen Rechts-tradition an den Tag legten, das eine nachhaltige Ausrichtung an der königlichen Gerichtsbarkeit mehr und mehr ausschloß.

Der Einfluß des Reichslehnrechts auf die territoriale Lehnrechtsentwicklung läßt auch der Sache nach wesentliche Unterschiede zwischen geistlichen und weltlichen Territorien erkennen.

Als der Herzog von Brabant im Jahre 1222 in Aachen von dem neugekrönten Heinrich (VII.) die Reichslehen empfing, wurden in einem

¹¹⁹⁾ Vgl. oben S. 406.

¹²⁰⁾ Vgl. oben S. 405, Anm. 19.

¹²¹⁾ Vgl. oben S. 410 f.

¹²²⁾ Vgl. das Weistum über Lehnrechtssätze für das Herzogtum Brabant: MGH Const. 2, Nr. 279, S. 392 f. (1222) und das wohl vom Grafen von Tirol angeregte Urteil MGH Const. 1, Nr. 297, S. 422 (1184).

¹²³⁾ Vgl. die zahlreichen in den Anmerkungen 19 und 41 angeführten Beispiele und dazu noch MGH Const. 1, Nr. 329, S. 467 (1190).

Weistum mehrere Lehnrechtssätze festgestellt und dem Herzog zur Auflage gemacht, die Anerkennung dieser reichsrechtlichen Vorschriften in seinem Lande sicherzustellen¹²⁴), wobei diese Rechtssätze auch ihrem Inhalt nach nicht auf lehnrechtliche Beziehungen zwischen Herzog und König, sondern auf das Verhältnis zwischen Herzog und Untervasallen zugeschnitten waren. Andererseits sind daneben auch Lehnrechtsakte bezeugt, bei denen ausdrücklich vermerkt ist, daß sie *iure Brabantino* erfolgten¹²⁵). Da kein Grund vorliegt, an der Beachtung des königlichen Weistums in Brabant zu zweifeln¹²⁶), bleibt nur die Möglichkeit, daß im territorialen Brabanter Lehnrecht des 13. Jahrhunderts die „iura imperii“ wie auch das „ius Brabantinum“ gleichermaßen ihren Platz hatten. Betrachtet man die in einer Art Katalog zusammengestellten „iura imperii“ des königlichen Weistums näher, so fällt auf, daß sich die Vorschriften fast ausschließlich auf das lehnrechtliche Prozeßverfahren beim herzoglichen Vasallengericht beziehen, während Bestimmungen über Rechte und Pflichten der herzoglichen Vasallen und vor allem über die Erbfolge fehlen¹²⁷). Der Gedanke liegt daher nahe, daß der personenrechtliche Status der Vasallen und dabei vor allem die Frage des Erbrechts nach wie vor ausschließlich nach Brabanter Recht beurteilt wurden.

Auch in anderen weltlichen Territorien sind für das 12. und 13. Jahrhundert Zeugnisse überliefert, die erkennen lassen, daß der lehnrechtliche Personalstatus des Vasallen nach dem regionalen Recht beurteilt wurde¹²⁸). Selbst im Verhältnis zwischen dem König und seinen weltlichen Kronvasallen unterlagen Lehnrechte und -pflichten, soweit sie den personalen Status der Vasallen betrafen, nicht mehr einer einheitlichen reichsrechtlichen Regelung: in zahlreichen Verträgen und Privilegien wurden die Rechte und Pflichten der Vasallen, sowie die Frage des Erb-

¹²⁴) MGH Const. 2, Nr. 279, S. 393: ... *quod iura imperii firmiter observaret et in terra sua faceret observari* ...

¹²⁵) Vgl. F. Ch. Butkens, *Trophées tant sacrés que profanes du duché de Brabant* 1 (1724), [Preuves], S. 69 (1222) sowie das bei Mitteis, *Lehnrecht* S. 233, Anm. 102 angeführte Beispiel.

¹²⁶) Vgl. Mina Martens, *L'administration du domaine ducal en Brabant au moyen âge* [1250—1406] (1954) S. 25, 28.

¹²⁷) Außer Fragen des Prozeßrechts enthält das Weistum noch eine Bestimmung über die rechtliche Behandlung der unfreien *servi* und *censuales* sowie die Bestätigung eines bereits früher ergangenen Hofgerichtsspruches über die Vormundschaftsrechte des Herzogs an den Lehen Minderjähriger (MGH Const. 2, Nr. 64, S. 77).

¹²⁸) Vgl. schon Mitteis, *Lehnrecht* S. 231 ff. mit den angeführten Belegen, der zwischen „Sachstatut“ und „Personalstatut“ der Vasallen unterschied.

rechts abweichend vom allgemeinen Reichsrecht den Besonderheiten des Einzelfalles und dem lokalen Recht angepaßt¹²⁹⁾.

Der Schluß liegt daher nahe, daß das Reichslehnrecht als Norm für die personale Rechtsstellung der Untervasallen in den weltlichen Territorien kaum von Bedeutung war; sein Einfluß beschränkte sich vielmehr vor allem auf Fragen des Prozeßrechts wie sie etwa in dem königlichen Weistum für Brabant zusammengestellt waren.

Im Gegensatz hierzu war die territoriale Lehnrechtsentwicklung in den geistlichen Territorien in wesentlich größerem Umfang dem Einfluß des Reichslehnrechts ausgesetzt. Die von geistlichen Vasallen erbetenen Urteile und Weistümer befaßten sich zwar auch mehrfach mit dem lehngerichtlichen Verfahren, darüber hinaus wurden aber auch zahlreiche Fragen, die den Personalstatus der Untervasallen betrafen, angeschnitten¹³⁰⁾.

Da im 12. und 13. Jahrhundert auch in den geistlichen Territorien nur relativ selten Aufzeichnungen über Lehngerichtsurteile der Vasallengerichte überliefert sind, läßt sich der Einfluß des königlichen Gerichts auf die territoriale Lehnrechtsentwicklung im einzelnen nur schwer verfolgen. Eine Ausnahme bildet das Bistum Trient, wo im sogenannten Codex Wangianus, einer auf Veranlassung des Bischofs von Trient zu Beginn des 13. Jahrhunderts zusammengestellten Rechts- und Privilegiansammlung¹³¹⁾, zahlreiche Lehnrechtssprüche der Trienter Vasallenkurie überliefert sind. Ein Vergleich dieser Rechtssprüche mit den Urteilen und Weistümern des königlichen Lehngerichts läßt — auch was den persönlichen Status der Trienter Vasallen angeht — nicht nur Übereinstimmung im Grundsatz¹³²⁾, sondern auch spürbaren Einfluß im Einzelfall erkennen¹³³⁾.

¹²⁹⁾ Vgl. z. B. St. 3628 (1152); MGH Const. 1, Nr. 159, S. 220 ff. (1156); Nr. 215, S. 304 f. (1162); St. 4080 (1167); MGH Const. 1, Nr. 298, S. 423 f. (1184); St. 4420 (1185); BF(W) 64 (1204), 150 (1207), 300 (1209); MGH Const. 2, Nr. 43, S. 54 f. (1212); BF(W) 1651 (1226), 3151 (1240), 4129 (1229), 4889 (1247).

¹³⁰⁾ Vgl. oben S. 411 und außerdem Mon. Boica 29 a, Nr. 494, S. 336 ff. (1154); MGH Const. 1, Nr. 297, S. 422 (1184).

¹³¹⁾ Cod. Wangianus (s. o. Anm. 15) S. 17. Vgl. weitere Urteile des Trienter Lehnhofes in: J. Durig, Rechtssprüche des Trienter Lehnhofes aus dem 13. Jahrhundert (MIOG Erg.Bd. 4, 1893) S. 430 ff. und H. v. Voltolini-F. Huter, Die Südtiroler Notariatsimbreuiaturen des 13. Jahrhunderts, 2 Bde. (1899—1951).

¹³²⁾ Vgl. z. B. zur Frage der Lehnsmutung die Lehngesetze Kaiser Friedrichs I. (MGH Const. 1, Nr. 177, S. 248) und die Urteile des königlichen Lehngerichts (MGH Const. 2, Nr. 323, S. 433; Nr. 359, S. 465) mit dem Urteil des

Besonders deutlich läßt sich der Einfluß des Reichslehnrechts in der Frage des Erbrechts am Beispiel des Bistums Lüttich im 13. Jahrhundert nachweisen¹³⁴).

Das Bistum übte seit alters her die Lehnshoheit über die Grafschaft Hennegau¹³⁵) aus. Als im Jahre 1244 die Gräfin Johanna von Flandern und Hennegau ohne Leibeserben starb, erhob ihre Schwester, Margarethe von Flandern, Erbensprüche auf den Hennegau, während der Bischof von Lüttich die Grafschaft als heimgefallenes Lehen betrachtete. In der folgenden Auseinandersetzung berief sich der Bischof auf den Grundsatz des Reichslehnrechts, wonach beim Fehlen von Leibeserben das Lehen an den Lehnsherren zurückfiel¹³⁶). Die Gräfin konnte dagegen auf das Hennegauer Recht verweisen, das die Lehenserfolge auch für weibliche Seitenverwandte anerkannte¹³⁷). Zur Durchsetzung ihrer Rechtsansicht setzten Bischof und Domkapitel alle Hebel in Bewegung. Sie wandten sich zunächst an Kaiser Friedrich II.¹³⁸) und als dieser ihren Bitten —

Trienter Lehnhofes bei Durig, Rechtssprüche Nr. 1, S. 430 (1209). Zur Frage der Lehnveräußerungen vgl. MGH Const. 1, Nr. 177, S. 247 f. und die oben Anm. 15 aufgeführten Urteile mit Durig, Rechtssprüche Nr. 9 (1220); Nr. 15 (1223). Zu den Vasallenpflichten vgl. MGH Const. 1, Nr. 177, S. 248 und Altman-Bernheim, Ausgew. Urkunden Nr. 101, S. 192 (1189—1194) mit Durig, Rechtssprüche Nr. 10 (1220) und Nr. 11 (1221).

¹³³) Vgl. das Urteil des königlichen Lehngerichts MGH Const. 1, Nr. 297, S. 422 (1184) mit dem Urteil des Trienter Lehnhofes: Cod. Wangianus (s. o. Anm. 15) Nr. 21, S. 56 ff. (1185).

¹³⁴) Vgl. im folgenden Duvivier, La querelle des d'Avesnes (s. o. Anm. 69) 1, S. 129 ff.

¹³⁵) Vgl. MGH Const. 1, Nr. 441, S. 649 f. (1071) und den Bericht des Gislebert von Mons, Chronicon Hanoniense, hg. v. L. Vanderkindere, La chronique de Gislebert de Mons (1904) S. 254.

¹³⁶) Vgl. Schröder-Künßberg, Rechtsgeschichte S. 444; Homeyer, Sachsenspiegel 2, 2, S. 450 ff.

¹³⁷) Vgl. die Regelung in dem von Balduin, Grafen von Hennegau und seinen Vasallen beschworenen Landfrieden (1200): ... *Firmatum est igitur ad legem, ut si homo tenens feodum duxerit uxorem et ex ea filiam habuerit et non filium, ipsa filia succedet patri et matri in feodis... Si homo tenens feodum moriatur absque proprii corporis herede, feodi successio deveniet ad propinquorem eius heredem, illum scilicet qui de illa fuerit consanguinitate, de qua feodum illud antea descenderat. Eadem est lex de femina tenente feodum, si absque proprii corporis herede decesserit...* MGH SS 21, S. 621 ff.

¹³⁸) Vgl. das Schreiben an Kaiser Friedrich II.: ... *Est enim consuetudo imperii vestri talis ut si quis absque herede de corpore suo ab hac vita recedat, proprietatem ipsam totius terre quam a domino suo in feodum detinebat, ad ipsum dominum perpetuo libere devolvatur; et hec consuetudo est a temporibus quorum non extat memoria et etiam diebus vestris firmiter observata...* Das Schreiben schließt: ... *attentissime deprecantes quatinus in huiusmodi negotii*

wohl aus politischen Gründen — kein Gehör schenkte¹³⁹), an den Gegenkönig Heinrich Raspe, der — zwar ohne Bezugnahme auf den konkreten Fall — den vom Bischof behaupteten Rechtsgrundsatz in einem Weistum bestätigen ließ¹⁴⁰). Außerdem ergriffen mehrere Erzbischöfe und Bischöfe in öffentlichen Erklärungen unter ausdrücklicher Berufung auf das Reichslehnrecht für den Bischof Partei¹⁴¹), ohne daß alle diese Maßnahmen zu einem unmittelbaren Erfolg führten.

Das Beispiel zeigt zunächst, daß zumindest von einigen geistlichen Kronvasallen die Frage der Lehnserbfolge in ihren Territorien nach Reichsrecht beurteilt wurde¹⁴²); die geschilderte Auseinandersetzung zeigt jedoch auch, daß sich die Durchsetzung dieser Rechtsvorstellungen in erster Linie als eine Frage der machtpolitischen Verhältnisse erwies, die unter Berufung auf das Recht allein nicht zu lösen war.

Als Ergebnis ist im Vergleich zu den weltlichen Territorien festzuhalten, daß der wesentlich intensivere Kontakt zwischen geistlichen

necessitatis articulo adeo potentes pariter et patenter Leodiensi ecclesie dignemini subvenire quod ipsa tantis commodo et honore vestris temporibus non privetur et consuetudo vestri imperii adeo generalis que a tot probis viris est hactenus viriliter observata, per unam feminam nullatenus infringatur ... Huillard-Bréholles, *Historia* 6, S. 269 (1245).

Nach Rodenberg (MGH Epp. sel. 2, S. 64, Anm. 6) ist es jedoch zweifelhaft, ob der Brief den Kaiser je erreichte, da er in der Originalfassung im Archiv des Domkapitels von Lüttich aufgefunden wurde.

¹³⁹) Kaiser Friedrich II. gewährte Margarethe von Flandern im Juli 1245 die Belehnung mit der Markgrafschaft Namur. Da Friedrich Margarethe in der Urkunde ausdrücklich als *comitissa Flandrie et Hanonie* bezeichnete, ist wohl davon auszugehen, daß er sie auch als Gräfin von Hennegau anerkannte: Huillard-Bréholles, *Historia* 6, S. 327. Vgl. auch Duvivier, *La querelle* 1, S. 131.

¹⁴⁰) MGH Const. 2, Nr. 353, S. 458 (1246).

¹⁴¹) Vgl. das Schreiben des Erzbischofs von Köln an Innocenz IV.: ... *Cum sacre leges imperii, a predecessore nostris circa rei publice defensionem invigilantibus hucusque observate sanctierunt ut in feodo vasalli sine filio legitimo decedentis dominus ipsius feodi absque contradictione qualibet tamquam heres succedat ...* Duvivier, *La querelle* 2, Nr. 68, S. 105. Vgl. zur Datierung Reg. der Erzbischöfe v. Köln (s. o. Anm. 13) 3, 1, Nr. 1231.

Vgl. auch dem Inhalt nach ähnliche Erklärungen des Domkapitels von Köln (C. Wyffels, *Inventaris van de Oorkonden der Graven van Vlaanderen* [1958] Nr. 19, S. 15, des Erzbischofs von Mainz (*ibid.*, Nr. 5, S. 12) und des Bischofs von Metz (MGH Const. 2, Nr. 457, S. 629).

¹⁴²) Vgl. auch die Berufung des Bischofs von Passau auf das Reichsrecht in der Frage der Lehnserbfolge: ... *Quo tandem sine herede legitimo decedente dominus B. Pataviensis Episcopus de morte sua vacans ei feudum in potestatem suam tractam tenuit, sicut vult et admittit iustitia generalis ...* Urkundenbuch des Landes ob der Enns (s. o. Anm. 25) 3, Nr. 200, S. 191.

Vasallen und königlicher Gerichtsbarkeit auch dem sachlichen Umfange nach zu einem gesteigerten Einfluß des Reichslehnrechts führte, der sich auf nahezu alle Bereiche des territorialen Lehnrechts erstreckte.

Die Gründe für die verschiedenartige Entwicklung innerhalb der weltlichen und geistlichen Territorien dürften weniger in dem umfangreichen Allodialbesitz der weltlichen Kronvasallen¹⁴³⁾, als vielmehr im Fehlen einer dynastischen Tradition und der damit verbundenen fehlenden Rechtskontinuität bei den geistlichen Kronvasallen zu suchen sein, wobei die Reichskirchenpolitik der Staufer, die offen die geistlichen Kronvasallen unterstützte¹⁴⁴⁾, als natürliches Korrelat dieser Entwicklung erscheint.

Die Untersuchung hat gezeigt, welche Möglichkeiten die Lehngerichtsbarkeit auf Grund ihres umfassenden Regelungsbereiches und ihres besonderen Verfahrens den Königen der Stauferzeit bot, ihre Stellung als oberste Lehnsherren im Reiche gegenüber Vasallen und Untervasallen zur Geltung zu bringen. Von besonderer Bedeutung war dabei die Aussicht, mit Hilfe der Lehngerichtsbarkeit und des Reichslehnrechts auf die Rechtsverhältnisse innerhalb der Territorien — vor allem der geistlichen Vasallen — einwirken zu können, bot sich doch hier die Möglichkeit, auf dem Wege des Rechts auch die Machtverhältnisse für die Zukunft zu beeinflussen.

¹⁴³⁾ Schon Mitteis, Lehnrecht S. 236, hat mit Recht davor gewarnt, die vom Allodialgut stammenden „Eigenlehen“ auf Grund ihrer stiefmütterlichen Behandlung in den Rechtsbüchern (vgl. Homeyer, Sachsenspiegel 2, 2, S. 526 ff.) ihrem Umfange nach zu unterschätzen. So beziehen sich die Lehnsvorschriften des älteren österreichischen Landesrechts von ca. 1237 (Anm. 29) wohl auch auf Eigenlehen, nicht auf Reichslehen, wie § 23 erkennen läßt: *Wellich her mit seinen mannen lechen rechten wil, der sol ain tag geben uber sechs wochen und nicht darhinder und sol den tag geben in dem land auf sein aigen und sol da mit in lehenrechten nach gewonhait des landes, als recht ist . . .* Dennoch bezog das Königtum nicht nur nach der Theorie der Rechtsbücher (vgl. Sachsenspiegel Lehnrecht 69, § 8 [s. o. Anm. 18]), sondern auch in der Praxis die Eigenlehen in seine Rechtsprechung ein, wie die Bestimmung über den Gerichtsort in dem Weistum für den Herzog von Brabant zeigt: *Iterum si aliquis, sive nobilis sive ministerialis, allodium ducis de duce tenet in feodum, ipse dux ipsum citare potest super illo allodio ad alium locum ubi habet allodium, ubicumque voluerit . . .* MGH Const. 2, Nr. 279, S. 393.

¹⁴⁴⁾ Vgl. Heinrich Koller, Die Bedeutung des Titels „princeps“ in der Reichskanzlei unter den Saliern und Staufern, MIOG 68 (1960) S. 75 ff.